

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt :
Nationalismus
und Demokratie
Abrüstung oder Aufrüstung?
Aus deutschen Schulen
Prix : Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande
Redaktion und Verlag: 30, Rue des Écoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Zwanzig Jahre

1918 - 9. November - 1938

Zwanzig Jahre nach 1789 war Frankreich eine Militärdespotie. Zwanzig Jahre nach 1848 regierte in Frankreich der Mann des Staatesreiches Napoleon III. und in Preussen der Junker von Bismark.

Es ist also kein Wunder, dass auch das Deutschland von 1938 anders aussieht als das von 1918. Glücklicherweise aber ist es auch nicht so, dass die Welt zwanzig Jahre nach einer Revolution stehen bleibt. Zwanzig Jahre nach 1809 stand Frankreich knapp vor der Julirevolution, zwanzig Jahre nach 1868 ging das Sozialistengesetz seinem Ende entgegen.

Seit hundertfünfzig Jahren befindet sich der europäische Kontinent in einer revolutionären Entwicklung. Auf Höhen folgen Abgründe, auf Kriege und Bürgerkriege Jahre der Beruhigung, in denen die Welt vom ewigen Frieden träumt. Abgeschlossen ist dieser Prozess noch nicht, eher scheint es, dass er sich mit zunehmender Schnelligkeit weiter fortsetzt.

Vor zwanzig Jahren unternahm die Demokratie ihren Siegeszug um den Erdball. Es gab keine absolute Monarchie und kein persönliches Regiment mehr, sondern nur noch demokratische Republiken oder konstitutionelle Monarchien, die an liberaler Grosszügigkeit mit den Republiken wetteiferten. Die Militärmacht des alten Preussen-Deutschland war zusammengebrochen und damit das Hindernis gefallen, das dem Zusammenstrom der amerikanischen Ideologie mit dem Geiste der deutschen Arbeiterbewegung entgegenstand.

Anders als Europa ist Amerika den Idealen der staatsbürgerlichen Freiheit durch mehr als anderthalb Jahrhunderte unverändert treu geblieben. Es hat sie zwar manchmal seltsam interpretiert, aber niemals offen preisgegeben. Ganz im Sinne der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, die die Gleichheit aller Menschen, ihre Freiheit und ihr Recht proklamierte, sich selber ihre Regierungen zu bestimmen, forderten Wilson und Lansing im Jahre 1918 in ihren berühmten Noten nach Berlin die Beseitigung jeder Art von persönlichem Regiment. Da war nicht entfernt die Rede davon, dass man sich in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates nicht einmischen dürfe. Amerika führte vielmehr den Krieg gegen das wilhelminische Deutschland ganz offen als einen demokratischen Interventionskrieg, und in diesem Kriege siegte es.

Was wir die deutsche Revolution von 1918 nennen, war im Grunde

nur die notwendige Folgeerscheinung jenes Sieges Amerikas. In Deutschland war die Sozialdemokratie die Partei, die dem Sieger geistig am nächsten stand — es ist nicht schwer, im Erfurter Programm die geistigen Spuren der Unabhängigkeitserklärung von 1776 wiederzuerkennen. Nun strahlte ihre siegreiche Kraft auf jenes über. Das soll nicht sagen, dass die deutsche Sozialdemokratie ein totes Gebilde war, das erst von der amerikanischen Sonne Licht und Wärme erhielt. Die Sozialdemokratie hatte sich vor dem Kriege zu einer beträchtlichen Macht entwickelt, aber freilich waren alle Höhen ihr gegenüber von ihren Feinden besetzt und sie sah keine Möglichkeit zum Vormarsch und Durchbruch, solange sich nicht an der preussisch-deutschen Militärmonarchie das Schicksal erfüllt hatte. Amerika war der Vollstrecker dieses Schicksals. Gegner des alten Deutschland im Kriege, war es der natürliche ideologische Bundesgenosse der deutschen Sozialdemokratie.

Deutschland, von der Sozialdemokratie zwar nicht beherrscht, aber wesentlich beeinflusst, gab sich eine Verfassung, die den demokratischen Idealen Amerikas entsprach. Nach aussen aber vermochte es nicht, als geschlagenes Land, neue Lebensbedingungen zu erreichen, die jenen Idealen entsprochen hätten. Wilsons Niederlage im diplomatischen Spiel mit seinen europäischen Mitsiegern war die erste Niederlage der Demokratie, der dann unaufhörlich weitere folgten. Weimar starb an Versailles. Eine weitere Ursache des Untergangs der deutschen Republik bilden die ungelösten sozialen Probleme und die politische Unreife grosser Volksmassen. Die Sozialdemokratie stand vor zwei grossen Aufgaben: einmal dem Volk die Mittel einer sozialistischen Politik zu zeigen, die ihm die Befreiung von seinen wirtschaftlichen Nöten brachten, und zweitens das Volk von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der neuerrungenen demokratischen Einrichtungen zu überzeugen. Weder das eine noch das andere ist ihr gelungen.

Das deutsche Volk hat sich niemals bei einer freien Wahl für die Hitlerdiktatur entschieden, es hat sich aber in seiner grossen Mehrheit an der Erhaltung seiner demokratischen Einrichtungen desinteressiert gezeigt. Die verfassungsfeindlichen Parteien der Rechten und der Linken verfügten zusammen bei den letzten Wahlen über die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Der Wille, die Freiheit zu ver-

teidigen, war schliesslich nur bei einer Minderheit vorhanden, die weder Waffen noch — in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit — wirtschaftliche Machtmittel besass. Inzwischen hatte längst auch der Mangel eines klaren Mehrheitswillens im Volke zu einem Verfall der parlamentarischen Institutionen geführt. Er bot den Diktatoren ein willkommenes Sprungbrett.

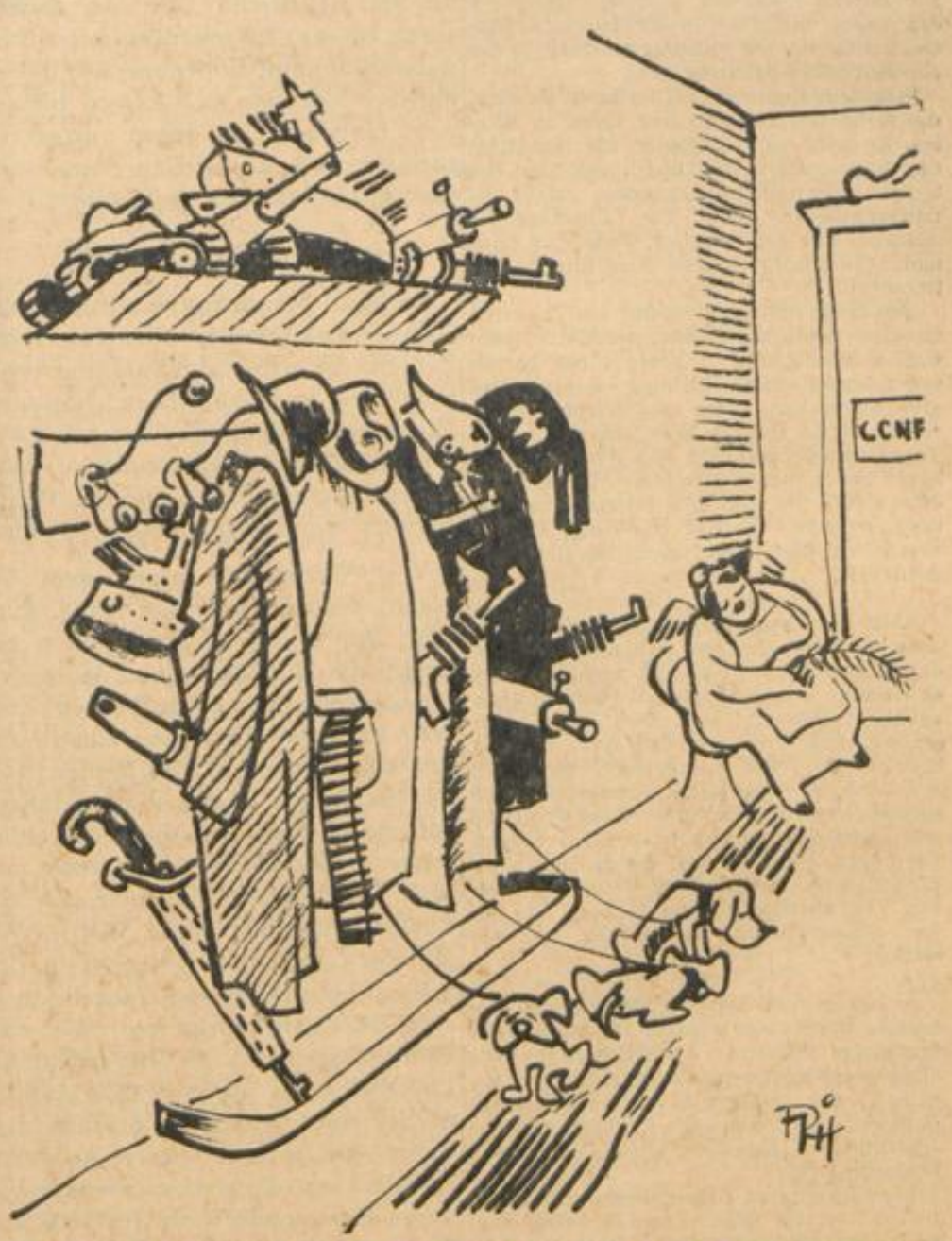
Das Missgeschick der deutschen Revolution von 1918 ist also weder ein in der Geschichte vereinzelt Ereignis noch fehlen Gründe, es zu erklären. Was zu tun übrig bleibt ist, die Lehren aus ihm zu ziehen.

Es ist an den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre nichts, was gegen die Demokratie spricht. Der Frieden ist nicht nur für die „Siegerstaaten“ — wie klingt doch das Wort heute?! — sondern für die ganze Erde verloren gegangen, weil er kein demokratischer Frieden war. Die Freiheit ist aus Deutschland, Italien, dem

ganzen Osten und Südosten Europas verschwunden, weil die Völker weder mit den neuen demokratischen Institutionen umzugehen verstanden noch ihren Wert zu schätzen wussten.

Die Diktaturstaaten haben grosse aussenpolitische Erfolge errungen, weil den Demokratien die Entschlusskraft fehlte, ihnen entgegenzutreten. Aber der japanische Kuli, der italienische Landarbeiter und der deutsche Fabrikproletarier werden durch Gebietserweiterungen nicht glücklicher und nicht reicher. Das Volk lebt in den demokratischen Ländern freier, ruhiger und besser als in den Diktaturstaaten. Dänemark, Schweden, die Schweiz haben keine Eroberungen. Und doch, welcher dänische, schwedische, schweizerische Arbeiter würde mit seinen Klassengenossen in Deutschland tauschen wollen?

Ueberarbeit und Unterernährung, Herrenübermut und erzwungener Kadavergehorsam schaffen neue unterirdische Herde der Unzufrieden-



MAN VERHANDELT

Abrüstung oder Aufrüstung?

**Rüsten heisst : keine geordneten Staatsfinanzen, Volksverarmung
Abrüsten heisst : vor Hitler kapitulieren**

heit und des Widerstandes. Die Sehnsucht nach der verlorenen Freiheit meldet sich, der Prozess der Revolutionierung beginnt wieder, weder Siegesfeste noch Konzentrationslager können ihn aufhalten. Noch ist das Gefühl der Ohnmacht so gross, dass man die Befreiung nicht von sich selber, sondern von anderen draussen erwartet, und in der Tat, noch ist die Kraft im Innern nicht sichtbar, die den Entscheidungskampf aufzunehmen vermöchte — dennoch, Gefängnisse und Konzentrationslager und die Liste der Gemordeten legen Zeugnis davon ab, dass in Hitlerdeutschland der unterirdische Kampf gegen das System noch keinen Tag aufgehört hat.

Die Geschichte wird einmal von dem Heldentum dieser tausendfach Geschlagenen und doch niemals Verzagenden berichten, und spätere Generationen werden daraus die Genugtuung schöpfen, dass die schändlichsten Exzesse der Gewalt doch immer wieder die stärksten sittlichen Gegenkräfte geweckt haben. Auch den Märtyrern unserer Zeit wird ein Rächer erstehen, ein Erfüller ihrer Hoffnungen und Forderungen.

Heute jubeln unsere Feinde, sie haben auch allen Grund dazu. Sie sind auf dem Gipfel ihres Triumphes, und sie sind nicht intelligent genug, zu begreifen, dass in solchen Situationen Masshalten am meisten nottut. Einstweilen ist es an ihnen, ihre Siege zu feiern, an uns aber, in opfervollem Kampf mit einer scheinbar unbesiegbaren Uebermacht unerschütterlich auszuharren im Vertrauen auf die Lehren der Geschichte und die Macht unserer Idee. F. St.

Geschwollen vor Übermut

Das System ist vor Uebermut geschwollen bis zum Platzen. Seine Presse hat ein neues Angriffsziel: Präsident Roosevelt.

Präsident Roosevelt, so liest man es in der ganzen deutschen Presse, ist ein Kriegshetzer. Er ist ein Rüstungstreiber. Er ist ein Feind des Friedens.

Präsident Roosevelt ist bestimmt worden, die Rolle von Benesch und Eden zu spielen. Er wird zum Stichblatt für die Hetze des Systems. Die Frechheit, mit der das System internationale Zensuren erteilt, ist unübertreffbar. Lob für Chamberlain, mittleres Lob für Daladier, Tadel für Eden und Churchill, völlige Missbilligung für Roosevelt.

Man fragt sich: geht es nur um Zensuren vor dem deutschen Zeitungspublikum, oder sind solche Zensuren heute nicht bereits von internationaler Wirkung — dank gütiger Mitwirkung der hitlerfreundlichen Kreise in der ganzen Welt? In den letzten Tagen wurde ein Bild von Präsident Benesch bei seinem Eintreffen in London veröffentlicht. Es zeigt ein gealtertes, leidendes, zerquältes Gesicht. Die Hetze hat Benesch erledigt. Jetzt zielt die Hetze auf Roosevelt.

Aber was kann das System sich nicht erlauben? Man hat kurzerhand 20 000 Juden, polnische Staatsbürger, verhaftet. 8000 davon sind über die polnische Grenze abgeschoben worden. Das System hat die Abgeschobenen ihrer gesamten Habe beraubt. Eine kleine Völkerwanderung, verbunden mit Raub, ist veranstaltet worden. Die polnische Regierung hat gewagt, zu protestieren und Gegenmassnahmen zu erwägen. Die Folge davon ist, dass die deutschen Behörden sich entrüsten und einen drohenden Ton anschlagen. Das Prinzip ist: uns kann keiner mehr, wir machen, was wir wollen.

Im Osten und Südosten Europas ist das braune System der einzige Herrscher. Der Punkt des Münchner Abkommens, der von einer Viererkonferenz im Dezember zur Regelung der polnischen und ungarischen Forderungen gegen die Tschechoslowakei spricht, ist längst veraltet. Deutschland kommandiert.

Ribbentrop und Ciano, Deutschland und Italien, beraten über ihre nächsten Forderungen. Die europäische Pastete gehört ihnen. Das Messer in der Hand, erwägen sie, welche Stücke sie nun heraus schneiden sollen. Wer will es ihnen wehren?

Der Feldzug der deutschen und italienischen Presse gegen die Westmächte geht mit unveränderter Heftigkeit voran. Für die Versuche Chamberlains und Daladiers, mit den bösen Diktatur-Nachbarn zum wahren Frieden zu gelangen, werden immer neue Bedingungen gestellt. Die Revision der französischen Bündnispolitik wird gefordert. Dahinter verbirgt sich nicht nur das Verlangen der Preisgabe des Bündnisses mit Sowjetrußland; es handelt sich um den Verzicht Frankreichs auf engere Beziehungen mit den Staaten im Osten, nicht nur mit Russland, sondern auch mit Polen, Jugoslawien und Rumänien. Gewisse Isolierungstendenzen, die augenblicklich in der auswärtigen Politik Frankreichs zu bemerken sind, sollen ausgedeutet werden, um Deutschland volle Freiheit im Osten zu verschaffen, seine Hegemonie zur endgültigen diplomatischen und politischen Anerkennung durch die Westmächte zu bringen.

Mit diesem Versuch, die Aussenpolitik der Weststaaten den deutschen Zwecken unterzuordnen, geht die Offensive gegen deren militärische Stärkung Hand in Hand. Ebenso wie bei der idealen Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die in der politischen Realität über die Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechen und Slowaken zur Unterwerfung von Rumänien, Jugoslawen, Litauern usw. unter deutsche Oberhoheit führen muss, spekuliert die deutsche Politik auch dabei auf eine demokratisch-pazifistisch-sozialistische Lieblingsidee, auf die Idee der Abrüstung oder wenigstens der Rüstungsbeschränkung. Diese Spekulation ist umso gefährlicher, als die finanzielle Last der Aufrüstung in der Tat phantastische Ausmasse annimmt und ohne Zweifel — darüber soll man sich keinen Illusionen hingeben — jeden grösseren sozialen und kulturellen Fortschritt für die nächste Zeit suspendiert.

Die Rüstungskosten

Welche Summen verschlingt die Aufrüstung? Darüber zunächst einige Zahlen, die wir einer Zusammenstellung des amerikanischen Nationalökonom William T. Stone über die „Ökonomischen Konsequenzen der Aufrüstung“ in den „Foreign Policy Reports“ vom 1. Oktober entnehmen.

Vom Wettüsten sprach man bekanntlich schon vor dem Krieg. Aber zehn Jahre vor Kriegsausbruch betragen die Militärausgaben der sieben Grossmächte (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Italien, Deutschland, Russland, Japan) 1,5 Milliarden Dollar. Sie stiegen in diesen zehn Jahren auf etwas über 2,4 Milliarden, eine relativ bescheidene Vermehrung von über 60 Prozent. 1932 betragen die Rüstungsausgaben der Welt 3 783 Millionen Dollar; sie stiegen in den beiden darauffolgenden Jahren um je eine Milliarde, zwischen 1934 und 1936 um mehr als 7,9 Milliarden, auf 12,9 Milliarden, und von 1936 bis 1938 wieder um mindestens 4 Milliarden, Ueber 80 Prozent dieser Ausgaben entfallen auf die sieben Grossmächte, deren Rüstungsaufwand für 1938 von Stone auf 13 bis 14 Milliarden Dollars beziffert wird. Die Entwicklung im Einzelnen zeigt folgende Tabelle:

Die Rüstungsausgaben der Welt 1932-1938

	1932	1934	1936	1938
USA	668	710	965	1066
England	426	481	847	1693
Frankreich	509	583	834	1092
Deutschland	254	382	3600	4400
Italien	271	264	916	526
Russland	283	1000	4002	5400
Japan	199	272	305	1755
Die ganze Welt (60 Länder) ..	3784	5031	12976	17581

Zu dieser Tabelle ist zunächst zu bemerken, dass die Ziffern für die Militärausgaben Deutschlands sicher noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Nach dem gegenwärtigen Umrechnungskurs würde das deutsche Militärbudget ca. 11 Milliarden RM. betragen. Nach den im Londoner „Banker“ erschienenen sehr sorgfältigen Berechnungen haben sich die deutschen Rüstungsausgaben folgendermassen entwickelt (in Milliarden Mark): 1933/34: 3,0 1934/35: 5,5; 1935/36: 10,0; 1936/37: 12,6. In diesen vier Jahren hat somit Deutschland 31 Milliarden RM. für die Aufrüstung ausgegeben. Für 1937/38 schätzen wir die Rüstungsausgaben mindestens auf 14 Milliarden Reichsmark, eine Ziffer, die sich im laufenden Budgetjahr noch weiter erhöht hat.

Ferner hebt Stone selbst ausdrücklich hervor, dass die Geldangaben nur ein ungefähres Bild über das wirkliche Ausmass der Rüstungsvermehrung geben können, da die Veränderungen in der realen Tauschkraft des Geldes, die durch die Währungsmanipulationen und die binnenwirtschaftlichen Eingriffe hervorgerufen wurden, kaum berücksichtigt werden können. Wenn zum Beispiel die Ausgaben Russlands mit 5,4 Milliarden Dollar um 1 Milliarde höher als die Deutschlands erscheinen, so ist es angesichts der viel stärkeren Industriekraft und Produktionsfähigkeit Deutschlands doch unzweifelhaft, dass die deutsche Rüstungsvermehrung materiell die russische bei weitem übertrifft. Aber trotz dieser unvermeidlichen Fehlerquellen geben diese Zahlen doch ein eindruckvolles Bild von dem ungeheuren Wandel, der sich seit der Machtübernahme Hitlers und dem Beginn des deutschen Wettüstens vollzogen hat.

Es handelt sich nicht nur um eine quantitative Aenderung. Das Wettüsten vor dem Kriege war in dem Sinne eine verhältnismässig harmlose Angelegenheit, dass es weder die Finanzen noch die ökonomische Struktur der Staaten ernstlich bedroht hatte. Gewiss, der Steuerdruck nahm in dem Jahrzehnt vor dem Kriege etwas zu und in den meisten Ländern auch die Staatsschuld. Aber die Währungen blieben intakt, die Steuerreserven waren längst nicht erschöpft und der Staatskredit unerschütter. Vor allem gab es keine nennenswerten Eingriffe in die Wirtschaft, die „Wehrwirtschaft“ war völlig unbekannt und Wirtschaftsmassnahmen, die heute kaum mehr Widerspruch finden, wären von keinem Parlament der Vorkriegszeit auch nur einer Diskussion gewürdigt worden. Nicht zuletzt an dieser Auerhaltung des Prinzips der freien Wirtschaft fand das Wettüsten der Vorkriegszeit eine bestimmte, nicht zu überschreitende Schranke.

Der Krieg hat auch dem ein Ende gemacht. Das Ereignis der Kriegs-

wirtschaft, die Unterwerfung der Wirtschaft einem ihr fremden, von aussen, von den kriegsführenden Staaten, oktroyierten Zweck, hat die Voraussetzungen der Wehrwirtschaft geschaffen, und der totalitäre Staat über die Wirtschaft seinem Primat unterwirft, sie zum Mittel seiner Herrschaft und Machtausdehnung macht, hat die Wehrwirtschaft wirklich. Die Aufrüstung emanzipiert sich von den Hemmungen der freien Wirtschaft, sie wird schrankenlos wie das Streben nach Machtausdehnung selbst. Die Quantität schlägt in die Qualität um. Geordnete Finanzen, stabile Währungen, Wahrung der Lebenshaltung der Massen sind keine Schranken mehr, über all das hinweg geht die Aufrüstung ihren zermalmenden Gang.

Schon vor 1936 haben alle Mächte mit Ausnahme Englands, darauf zielt, ihre militärischen Ausgaben durch Steuern zu decken. Seitdem hat auch England mit der Finanzierung der Rüstungen durch Anleihen begonnen. Kein Staat der Welt hat heute mehr ein wirklich im Gleichgewicht befindliches Budget. Mehr noch: die meisten Staaten stehen vor der Erschöpfung ihrer Steuerkraft und vor einer schweren Erschütterung ihres Staatskredits; auch die Anleihen reichen zur Deckung des Defizits nicht mehr aus und die Regierungen greifen zu Inflationen und Devaluationen, temporären und begrenzten sozial gefährlichen Auskunftsmitgliedern, die keine Lösung bringen, sondern diese nur hinausschieben.

Hinter dem Geldschleier verbirgt sich in den totalitären Staaten ein anderes: Verlängerung der Arbeitszeit, Herabdrückung des Lohnes, Anwendung eines immer grösseren Teils der gesellschaftlichen Produktivkraft für die Rüstungs- statt für die Konsumindustrien, Zwangsarbeit, Senkung des Lebensniveaus. Das ist die Basis, von der aus die demokratischen Staaten den Rüstungswettbewerb jetzt aufnehmen müssen.

Trotzdem: die Mittel der Steuererschöpfung, der Inflation, der Niederdrückung der Lebenshaltung sind in den totalitären Staaten schon seit Jahren im Gange. Die aussenpolitischen Erfolge, die sie verzeichnen konnten, ändern nichts daran, dass ihre Wirtschafts- und Finanzkraft bestimmte Grenzen hat. Umgekehrt gerade die Ausnützung Abessinien oder die Unterwerfung des Donauraums unter den deutschen wirtschaftlichen Einfluss stellten neue, ausserordentlich grosse Ansprüche an die Finanz- und Wirtschaftskraft der Diktatorländer. Gerade deshalb kommt ja der Angriff auf die Wehrwirtschaft der Rüstungsanstrengungen der Westmächte, der Wunsch nach der Aufrüstung nach einem augenblicklichen Rüstungstillstand, der ihnen erlaubt, das gegenwärtige Kräfteverhältnis aufrechtzuerhalten und Mittel für die ökonomische Investition in die neuen Einflussphären zu gewinnen. Neu gestärkt wollen sie dann an die künftigen Entscheidungen herangehen. So steht das Problem, und es geht um die Aufrüstung und die Rüstungsbegrenzung für die Weststaaten zur Frage ihrer Selbsthaltung.

Dr. Richard Kern

Eduard Pant Ein aufrechter Kämpfer

In Kattowitz in Polen starb am 20. Oktober der Führer der deutschen Katholiken in Polen, Professor Dr. Eduard Pant. Eduard Pant war eine der wenigen leuchtenden und starken Erscheinungen unter den Führern des Auslandsdeutschtums, die sich kompromisslos gegen die nationalsozialistische Zersetzung und Demoralisierung der Auslandsdeutschen zur Wehr gesetzt haben. Eduard Pant war in Schlesisch-Tesch geboren. Er war in Linz aufgewachsen und wurde später Gymnasialprofessor in Bielitz. Nach dem Kriege, als polnischer Staatsbürger, gründete er den Verband der Deutschen Katholiken in Polen. Als langjähriges Mitglied des Oberschlesischen Sejms, als Senator der Republik Polen und als Chefredakteur des Kattowitzer „Oberschlesischen Kurier“ vertrat er die Interessen seiner deutschen Mitbürger.

Als die Gleichschaltung auch das Deutschtum in Polen ergriff, schied er aus dem „Oberschlesischen Kurier“ aus und gab — selbst in eine schwierige wirtschaftliche Lage geraten — das antinationalsozialistische Kampfblatt „Der Deutsche in Polen“ heraus, das noch heute in Kattowitz erscheint. Gemeinsam mit Dr. Paul Schiemann gründete er im Jahre 1935 einen Verband der nichtgleichgeschalteten deutschen Minderheitsgruppen in Europa.

Nur wenigen ist bekannt, dass Pant aus seiner Linzer Zeit enge familiäre Beziehungen zur Familie Hitler hatte. Es wäre ihm sicher ein leichtes gewesen, im „neuen Deutschland“ eine einträgliche Rolle zu spielen, und oft genug wurde ihm diese Rolle angeboten. Eduard Pant aber hörte nicht auf, für die Wahrheit und politische Lauterkeit einzustehen. Er starb als Kämpfer gegen Hitler, an den Folgen einer schweren Kriegsverletzung, die ihm 26 Jahre lang Leiden verursacht hatte. Eduard Pant ist nur 51 Jahre alt geworden.

Deutsche Treue

Wie die deutsche Presse mitteilt, hat der „Führer“ dem Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei Dr. Meißner das goldene Treuendienst-Ehrenzeichen für vierzigjährige Dienste verliehen und es ihm gestern mit herzlichen Glückwünschen und einer künstlerisch ausgestatteten Ehrenurkunde auf dem Berghof persönlich überreicht.

Das Treuereichen ist selten mit mehr Ausdauer verdient worden. Meißner war so viel verschiedenen Grundsätzen, Staatsformen, Staatskern und Meinungen treu, dass er zum Zeichen der Ehrung noch ganz andere Geschenke verdient hätte.

Kindermord geplant

Aus dem Amtsblatt des Reichsjustizministeriums zitiert die „Preussische Zeitung“ vom 19. Oktober einen Aufsatz des Staatssekretärs Dr. Freisler über das Jugendstrafrecht:

Diejenigen Jugendlichen, die sich nach den Erfahrungen auch künftig verbrecherisch betätigen würden, müssten aus dem übrigen Jugendstrafvollzug ausgeschleudert werden, denn im Jugendstrafvollzug stehe der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Ueber die Fürsorgeerziehung erklärte der Staatssekretär, dass auch hier diejenigen Elemente ausscheiden müssten, von denen vorausgesehen sei, dass sie nur ein ständiges Element der Sorge und ein höchst gefährlicher Ansteckungskeim sind. Es wäre zu erwägen, ob nicht neben der Fürsorgeerziehung, die für die noch erziehungsfähigen Jugendlichen sei, eine Jugendverwahrung eingeführt werden solle, die die der Sicherungsverwahrung bei Erwachsenen entsprechen würde.

Als jugendlich im Sinne der Strafgesetze gilt der Täter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Die Strafmündigkeit beginnt mit der Vollendung des 14. Lebensjahres. Im Dritten Reich will man also dazu übergehen, Vierzehn- bis Achtzehnjährige für „unverbesserlich“ zu erklären und sie auf Lebenszeit zu „verwahren“.

Wer über die Zustände in den Verwahranstalten des Dritten Reiches unterrichtet ist, weiss, dass diese Verwahranstalten ziemlich kurzfristige Todesurteile waren.

Ganz abgesehen davon, dass dieser Freisler-Plan an sich barbarisch genug ist, muss auch noch damit gerechnet werden, dass die „politisch nicht intakten“ Kinder der Regimegegner — die Kinder von Sozialisten, Katholiken, Bekenntnischristen usw. — bei geringen Verfehlungen aus den Listen der menschlichen Gesellschaft gestrichen werden sollen. Es ist wirklich ein Segen, dass nunmehr im sudetendeutschen Gebiet ein paar tausend Kinder mehr die dem mörderischen System preisgegeben

Der Frieden ist gesichert

Was die deutsche Presse enthüllt

Der europäische Dauerfrieden ist in vollem Gange. Ein Blick in die deutschen Zeitungen einer einzigen Woche könnte selbst einen Engländer darüber belehren, dass für die Zukunft nichts zu befürchten ist. Gewiss, das Dritte Reich hat schwere Sorgen um die allerorten misshandelten Minderheiten deutscher und beinahe — deutscher Zunge. Aber mit der Zeit muss sich alles im Geiste von München beilegen lassen. Selbst die Tschechoslowakei wird eines Tages nachgeben müssen, denn, so berichten die deutschen Zeitungen vom 25. Oktober:

„In der Hauptstadt der Karpatho-Ukraine in Uzhorod fand zum ersten Male seit vielen Jahren wieder eine grosse Kundgebung des Deutschtums in der Karpatho-Ukraine statt, das im ganzen auf ungefähr 20 000 Menschen geschätzt wird. Zu der Kundgebung hatten sich mehrere tausend Deutsche zusammengefunden. Die Versammlung wurde zu einer grossen Treuekundgebung zu Deutschland und zu Adolf Hitler und schloss mit dem Gesang des Horst-Wessel-Liedes.“

Trauernd wenden sich die Blicke indes nach dem Banat:

„In den Adern der Banater Schwaben fließt deutsches Blut, die Sprache, ihr Heim und ihre Tracht sind erhalten.“

Die Ernte war wieder gut. Scheune und Keller sind übertoll. Aber es hapert am baren Gelde. Seine Erzeugnisse für wenige Mark zu verschleudern, geht dem Bauern gegen die Natur; aber es ist kein Absatz da.

Doch, Absatz ist da! In einer Kneipe sitzt hinter einem Tisch die ewig grinrende Fratze des jüdischen Händlers.

Der Wunsch der gesamten Kolonisten ist die Bildung einer Treuhänderorganisation in den deutschen Siedlungen, durch welche automatisch, ohne jeden Zwischenhandel, eine Art Austauschhandelsbasis geschaffen wird.“

So der „Völkische Beobachter“ vom 25. Oktober. Solange es noch nicht gelungen ist, die Banater Bauern in den Reichsnährstand einzugliedern, wird wenigstens Kraft durch Freude gratis geliefert. Da wir uns an die reichsdeutschen Blätter einer einzigen Woche halten wollen, setzen wir ein Beispiel für hundert ähnliche. Wir lesen in „Magdeburger General-Anzeiger“ vom 23. Oktober einen Bericht über die Reise des Magdeburger Madrigalchors durch das Banat:

„Unter den schneidigen Marschklingen einer Schwabekapelle fuhren wir in Lovrin ein. Angetreten in langen Reihen standen Burschen und Mädchen in der Festtracht der Schwaben und Mädchen in einfacher Sonntagstracht. Die Reichsdeutschen wurden mit einem „Grüss Gott mit hellem Klang“ empfangen. Nach kurzen Begrüßungsworten zogen wir unter Vorantritt der Kapelle, in der schon elf- und zwölfjährige Jungen mitwirkten, ein zur Kirchenweih in Lovrin.“

Die deutschen Lieder begeisterten die Hörer auf zwei Stunden so, dass sie vergassen, dass sie aus zwei verschiedenen denkenden Gruppen bestanden, und in der Anerkennung der Leistung der Gäste sich gemeinsam in Beifallskundgebungen ergingen. Der Chor hat nicht nur die Aufgabe, das deutsche Lied zu bringen, er soll durch seine Gemeinschaft ein Vorbild deutscher Art geben.“

Das lässt sich also gut an. An das „russlanddeutsche Schicksal“, über das der „Völkische Beobachter“ vom 25. Oktober ein kräftig Wortlein sagt, darf man dagegen überhaupt nicht denken.

„Die Russlanddeutschen, die in Deutschland wieder Arbeit und Brot fanden, haben einen Verein gegründet, den „Verband der Russlanddeutschen“, dessen Hauptzweckstelle sich in Berlin befindet. Dieser Verband veranstaltete im „Türkischen Zelt“ in Berlin-Charlottenburg eine Zusammenkunft mit Vorträgen und nachfolgendem geselligen Beisammensein.“

Zu Beginn der Veranstaltung, bei der auch Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, und anderer Behörden zugegen waren, hielt der Leiter der Zweigstelle Berlin, Parteigenosse Löbsack, eine Rede, in der er die Schicksalsgemeinschaft der Russlanddeutschen, dieser Pioniere der deutschen Kultur im Osten, betonte. Er schilderte in zu Herzen gehenden Worten das schwere Schicksal dieser Menschen und wies auf die Hoffnungen hin, die durch

den Nationalsozialismus und die Taten des Führers in allen erwacht seien. Er zog ebenfalls eine Parallele zwischen dem Russlanddeutschtum und den Sudetendeutschen, die auch gezwungen werden sollten, als Deutsche gegen Deutsche zu kämpfen. Der Führer sei es gewesen, der diesem, aller Menschlichkeit hohnsprechendem Verlangen einen Riegel vorgeschoben habe. Bei dieser Gelegenheit verlas Parteigenosse Löbsack das Manifest der Kaiserin Katharina, das vor 175 Jahren, am 22. Juli 1763, bei der Berufung ausländischer Kolonisten nach Russland verfasst worden war.

Wie aus Punkt VI, Abs. 7 des Manifestes zu ersehen ist, sind die Deutschen in Russland ihrer verbrieften Rechte böswillig beraubt worden, indem sie entgegen dem Manifest zum Militärdienst gepresst wurden. Nach den Begriffen von Rasse, Blut und Ehre, die der Führer und der Nationalsozialismus im deutschen Volke neu geprägt haben ...“

Ob bei der Zusammenkunft auch Manifeste deutscher Vorhiller-Regierungen verlesen worden sind, ist aus dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ nicht ersichtlich. Man hätte keine 175 Jahre zurückgehen brauchen, um einige nicht unbeträchtliche Widersprüche — z. B. im Hinblick auf die Behandlung der politischen Minderheiten in Deutschland — zu entdecken. Jedenfalls kann es so nicht weitergehen. Auch in Memel nicht. Nachricht vom 23. Oktober:

„Kaum ist eine Woche vergangen, dass am Montag, dem 17. Oktober, der neugegründete Memeldeutsche Kulturverband seine Tätigkeit begonnen hat, da liegen bereits nahezu 20 000 Anmeldungen von Memeldeutschen aus dem ganzen Gebiet vor, die sich als aktive Mitglieder in die Reihen dieser grossen Organisation deutscher Kulturpflege gestellt haben. Ganze Belegschaften grossen und kleiner Betriebe haben geschlossen ihren Eintritt in den Kulturverband erklärt.“

In wenigen Tagen wird der Memeldeutsche Kulturverband, dessen organisatorische Gestaltung nach den verschiedenen Arbeitsgebieten im Bereich der mannigfachen Kulturäusserungen sich gegenwärtig vollzieht, in mehreren Betrieben zum ersten Mal im Memelland ein Werkkonzert veranstalten.“

Und einen Tag später (zitiert nach der „Preussischen Zeitung“, Königsberg, vom 23. Oktober):

„Selbstverständlich berührt die Entwicklung der Dinge im Memelgebiet vor allem auch das deutsche Volk, das dem Memeldeutschtum durch die Bande des Blutes und der Kultur seit Jahrhunderten und auch in Zukunft unlösbar verbunden ist.“

Zu einem überwältigenden Bekenntnis zur deutschen Kulturgemeinschaft gestaltete sich so besonders auch am Sonntag nachmittag die Einweihung der grossen neuen Volksschule in dem memelländischen Kirchspiel Prökuls, die im Rahmen der memelländischen Selbstverwaltung nach Bewilligung der Mittel durch den Landtag von dem Direktorium errichtet worden ist.

Für das Memelgebiet hat der Tag dieser Schulweih eine ganz besondere und — das hoffen wir alle — symbolische Bedeutung.“

„Symbolische Bedeutung“ hatten auch die gleichgearteten Kundgebungen im sudetendeutschen Gebiet, bis die Symbolik auf dem Wege der Mobilmachung entschleierte wurde. In Danzig ist diese Entschleierung — ganz ohne Mobilmachung — schon ziemlich weit gediehen:

„Es war nicht immer leicht, mit den Schwierigkeiten und den komplizierten Bedingungen fertig zu werden. Es blieb dabei nicht aus, alle Mittel anzusetzen um landesverräterisches Treiben im Innern ein für allemal zu verhindern und zum anderen gehörte es zum Alltagsprogramm, sich unberechtigten polnischen Ansprüchen zu widersetzen. Heute herrscht eindeutige Klarheit. In die innere Politik Danzigs hat sich niemand einzumischen und die wirtschaftlich bedingte Einflussnahme Polens hat ihre Schranken vor dem gesicherten deutschen Besitzstand und der Danziger Lebensgrundlage.“

(„Preussische Zeitung“ vom 24. 10.)

Aber nicht überall ist der deutsche Besitzstand derart gesichert. Was die Kolonien anlangt ... Die „Deutsche diplomatische Information“ hat sich soeben darüber ausgesprochen und die gesamte deutsche Presse zitiert die kräftigsten Stellen

des Artikels. So der „Völkische Beobachter“ vom 25. Oktober:

„Nachdem nunmehr im tschecho-slovakischen Raum die Dinge einer Befriedung entgegengehen, scheinen es namentlich in England gewisse Kreise darauf abzusehen, neue Momente der Unruhe zu finden oder zu kreieren. Offensichtlich auf ein bestimmtes Stichwort hin werden in allen Teilen der englischen Welt Kundgebungen inszeniert, um — ohne dass von Deutschland her irgendein Anlass hierzu geboten wäre — die Kolonialfrage in der Weise aufzuwerfen, dass mit den ausgefallensten Mitteln und Argumenten den deutschen Ansprüchen entgegengetreten wird.“

Nein, Deutschland hat nicht den kleinsten Anlass zur leisesten Beunruhigung gegeben, denn es

„beansprucht nichts für sich, was einem anderen von Rechts wegen gehört. Diese Rechtsauffassung ist nachgerade häufig genug vom Führer und Reichskanzler selbst unterstrichen worden. Dagegen beansprucht das Reich jene Besitzungen, die ihm auf Grund verleumderischer Behauptungen einst weggenommen worden sind. Wenn die deutschen Kolonien nunmehr zwanzig Jahre lang der Nutzniessung anderer überlassen geblieben sind, so gebietet nach deutscher Auffassung ein gesunder Sinn für Rechlichkeit je länger um so dringlicher, dass das frühere Unrecht endlich wieder beseitigt werde, und dass der Treuhänder das Eigentum dem wieder übergibt, dem es unter falschen Voraussetzungen weggenommen wurde.“

Welcher Grund zur Beunruhigung könnte also vorliegen?

Deutschland ist beunruhigt — und nicht nur in eigener Sache. Es sorgt sich zum Beispiel Tag und Nacht um das Los der Zyprioten, die zwar wahrhaftig keine „volksdeutsche“ Minderheit darstellen — aber eben doch eine Minderheit. Da diese Minderheit nicht ohne das Zutun reichsdeutscher Agenten in rebellische Stimmung gegen England geraten ist, strömen ihr die Sympathien des Dritten Reichs durch tausend unterirdische Kanäle zu. Da liest man in der „Neuen Augsburger Zeitung“ vom 22. Oktober:

„Auf Grund der Wiederaufröhlung der Zypern-Frage hat eine in der Anschlussbewegung an Griechenland führende Persönlichkeit unserem Athener Berichterstatter u. a. folgende interessante Erklärungen abgegeben:

So lebt nun seit vielen Jahren das unglückliche Volk von Zypern. Belagerungszustand, Geldstrafen, schreckliche wirtschaftliche Zustände, eine strenge Zensur, Verbot der neugriechischen Sprache in höheren Schulen, unglückliche Verfolgung der Kirche, die seit vielen Jahren ohne Oberhaupt ist — das ist das Los des Volks von Zypern. Nichts aber vermag seine nationale Gesinnung im geringsten zu ändern. Dies Volk hält heute mehr denn je an seiner Parole fest: „Es lebe die Wiedervereinigung mit Griechenland!“

Und die Flamen? Im „Völkischen Beobachter“ vom 19. Oktober kommt ein unterdrückter Flame zu Wort:

„Durch den dummen Staatsvertrag über Belgien hat man uns Flamen 1831 französisch gemacht, trotzdem die Wallonen in der Minderheit waren. Aber in hundert Jahren haben wir es erreicht, dass wir flämisch und nicht französisch zu denken und zu sprechen brauchen.“

Es könnten noch einige Zitate über die frische Frage oder über das arme Mexiko angeführt werden, das unter den blutsaugerischen Erpressungsversuchen der Vereinigten Staaten stöhnt, einige Zitate auch über die verachtenswerten Chinesen oder die edlen, unglücklichen Araber. Aber um begreiflich zu machen, wo das Dritte Reich das Mandat hernimmt, seine Nicht-Intervention vom Kap Hoorn bis zum Nordpol, von Spitzbergen bis Kapstadt auszu dehnen, genügt vielleicht ein Zitat aus der Rede, die Reichserziehungsminister Rust am 19. Oktober im sudetendeutschen Braunau hielt. Er sagte:

„Begriff, dass das 80-Millionen-Volk der Deutschen die grösste arische Schicksalsgemeinschaft auf der Welt ist, die Gemeinschaft, die aus dieser Macht die geschichtlichen Folgerungen zu ziehen weiss ...“

Und diese geschichtliche Folgerung heisst natürlich Frieden. Nichts als Frieden.

Dr. Ley am 23. Oktober über eine „weitsichtige Berufsplanung“. Laut Pressebericht erklärte er:

„Wir müssen heute schon wissen, welche Facharbeiter wir in fünf oder sechs Jahren brauchen. Bereits im siebenten Schuljahr müsse man die künftigen Facharbeiter erfassen, und im achten Schuljahr habe die Lehrzeit einzusetzen in Verbindung mit dem Schulplan. Nach der Schulzeit müssen zwei Jahre genügen, um den jungen Menschen zu einem Facharbeiter zu machen.“

Das heisst, das erste Lehrjahr soll in das Schuljahr verlegt — oder mit anderen Worten das achte Schuljahr soll in unaffälliger Weise gestrichen werden, nach dem d'e übrige Schulzeit durch den Hitlerjugend-Dienst und einen übermässiger Farnbetrieb ihres wissenschaftlichen Charakters weitgehend entkleidet worden ist

Professor Barths Bücher verboten. Der Verkauf der Bücher des bekannten Theologieprofessors Karl Barth ist von der Deut-

schen Reichsregierung verboten worden. Das Verbot wird mit der antideutschen Haltung Barths motiviert. In Wirklichkeit handelt es sich darum, dass Karl Barth, der nach seiner Auswanderung aus Deutschland eine Professur an der Baseler Universität bekleidet, einen besonderen Einfluss auf die Geistlichen der Deutschen Bekenntniskirche besitzt und sie in ihrem Kampf gegen den Kirchenterror des Hitlerregimes besonders in der letzten Zeit sehr wirksam unterstützt hat.

Mit 13 Jahren Lehrling

Bei einem „Gauappell“ der sächsischen Arbeitsfront in der grossen Feierhalle auf dem Messegelände in Leipzig sprach

Berichte aus Deutschland

Frieden mit England Rüstungsarbeiten an der Nordsee

Man schreibt uns:
In Emden wird mit Hochdruck am U-Boot-Hafen gebaut. Er kommt auf das Gelände der früheren Hohenzollernhütte im Binnenhafen. Die Bevölkerung schliesst daraus, dass man die Hoffnung auf eine englische Neutralität im Kriegsfalle aufgegeben hat.

Die Emsmündung sitzt voller Forts. Besonders bei der Knoop, einer Halbinsel gegenüber dem holländischen Hafen Delfzijl, sind starke Batterien untergebracht. Hier sind auch die Vorbereitungen für U-Boot-Fallen getroffen. In einem von aussen ganz unscheinbaren Wohnhause ist eine Anlage eingebaut, die das Abschliessen von Torpedos vom Lande aus gestattet. Die elektrischen Anlagen werden mit Kraft aus Wilhelmshaven gespeist und nicht von der Emdener Stromleitung.

Ununterbrochen kommen Mitteilungen von Unfällen beim Militär. Sie werden natürlich so geheim wie möglich gehalten. Dennoch vergeht kaum eine Woche, dass nicht irgend eine Familie von einem mehr oder weniger grossen Unglück eines Angehörigen beim Militär in Mitleidenschaft gezogen wird. So sind bei einem Flugzeugunglück auf Borkum zwei Flugschüler tödlich verunglückt. Ueber die Ursachen der vielen Unfälle weiss man nichts. Es wird nicht einmal den Angehörigen mitgeteilt, was nun eigentlich zum Tode eines Menschen führte.

In Wilhelmshaven ist man noch immer sehr stark am Ausbau der vierten Hafeneinfahrt beschäftigt.

In Emden wird sehr viel spanisches Erz gelöst. Die Schiffe nehmen auch eine Ladung mit. Doch ist es bisher nicht gelungen, festzustellen, um welche „Waren“ es sich handelt.

Briefkontrolle

Man schreibt uns aus Nordwestdeutschland:

Die private Korrespondenz mit dem Ausland wird seit langem kontrolliert. Kürzlich wurden die Leute, die Briefwechsel mit dem Ausland haben, zur Polizei vorgeladen; es wurden genaue Auskünfte über die Art der Verbindungen verlangt, und schliesslich wurde gesagt, es sei nicht erwünscht, dass man briefliche Verbindungen mit Leuten im Auslande habe. In vielen Fällen wurde geradezu gesagt: „Wir wünschen nicht, dass Sie diese briefliche Verbindung aufrechterhalten“, selbst, wenn es sich um persönliche, familiäre Beziehungen unpoltischer Menschen handelte. Natürlich fürchtet man, dass in Briefen etwas angedeutet werden könnte, was die deutschen Staatsbürger nicht aus den Zeitungen erfahren und nicht erfahren sollen.

Nur keine Wahrheiten

Man schreibt uns aus Konstanz:

Die Tatsache, dass man zur Zeit, wenn der Schweizer Sender Nachrichten gibt, und dies ist um 12 Uhr dreissig und 19 Uhr dreissig, aus sehr vielen Wohnungen die Sendungen heraushören kann, haben die Blockwarte natürlich der Kreisleitung gemeldet. Auch in der Tagespresse konnte man Bemerkungen darüber lesen. Es hiess da: Demjenigen, der ohne die Lügen des Senders von Beromünster nicht sein könne, wolle man es vorerst nicht verbieten, aber das könne man verlangen, dass er wenigstens während des Abhörens die Fenster zumache.

Frauen in Sorge

Die Berliner Presse teilt mit: „Die Kriminalpolizei fahndet nach einem gerissenen Betrüger, der seit einigen Wochen in Berlin sein Unwesen treibt.“

Der Gauner versteht es, von Hausbewohnern herauszubekommen, wo Ehefrauen wohnen, deren Männer zur Zeit bei den Befestigungsarbeiten in Westdeutschland beschäftigt sind. Unter der Maske eines Biedermanns sucht er dann diese Frauen auf, stellt sich ihnen als Alfred oder Hans Kranz vor, und behauptet, dass er mit dem Manne seines jeweiligen Opfers gut befreundet sei. Da er gerade für kurze Zeit nach Berlin gekommen sei, habe ihn der Ehemann gebeten, seiner Frau herzliche Grüsse zu bestellen und bei dieser Gelegenheit auch gleich Geld für eine Schafspelzjacke mitzubringen. Die Frauen geben ihm nicht nur die verlangten 15 Reichsmark für die Jacke, sondern bitten ihn auch gleich, andere warme Kleidungsstücke und Lebens-

Aus deutschen Schulen

Deutsche Lehrer berichten

Aus Lehrerkreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erfahren die „Deutschland-Berichte des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“:

Ein Lehrer in Bochum hat seine Kinder, meist aus Bergarbeiterfamilien stammend, einen Schulaufsatz schreiben lassen unter dem Thema: „Warum will ich kein Bergarbeiter werden?“. Die Antworten waren verheerend. Es standen Bemerkungen in den Aufsätzen wie „Ich sehe das Elend und die Not zuhause“; „ich will keine Gesteinslunge haben“ usw. Der Lehrer, der diese Aufsätze unter seinen Kollegen zirkulieren liess, wurde nach Ostpreussen strafversetzt.

Die Mehrheit der Kinder in den Schulen des Industriegebietes trägt die typischen Merkmale der Unterernährung. Was sich auf diesem Gebiet ab und zu abspielt, sei an einem Beispiel gezeigt. In einer der Klassen fällt ein Junge bewuslos aus der Bank. Man schafft ihn ins Lehrzimmer. Als er wieder zu sich kommt und über die Ursachen ausgefragt wird, ergibt sich, dass der Junge wochenlang ohne Frühstück in die Schule kommt. Das Kollegium besteht zum grossen Teil aus Nazis. In den Unterhaltungen fragt man sich ab, was denn da zu tun sei. Schliesslich steht eine Lehrerin auf, die wütend über die Ratlosigkeit und Ueberraschung ihrer Kollegen ist, wendet sich zur Türe, dreht sich um und sagt mit aller Bitterkeit, deren sie fähig ist: „Dem Jungen ist doch leicht zu helfen; kauft ihm doch eine Uniform“. Damit verschwindet sie.

Die Arbeit an der Schule ist deprimierend. In den ersten Nazijahren waren bestimmte Stunden der „weltanschaulichen Schulung“ vorbehalten. Inzwischen ist das Verhältnis des Parteunterrichts zum eigentlichen Lehrunterricht 1:1 geworden. Und selbst diese Beurteilung ist noch zu günstig. Denn die neuen Schulbücher machen praktisch jede Stunde zu einer politischen. Die NS-Beeinflussung erstreckt sich nicht nur auf Hitlers Geburtsdaten, mit denen dann gerechnet werden muss, sondern auch auf folgende schmierige Dinge: In einem Rechenbuch für Neulingeschulte heisst es: „2 plus 3 ist 6; so rechnen die Juden. Das ist natürlich falsch.“

Eine Vorstellung von der Rückentwicklung des deutschen Schulunterrichts kann man sich machen, wenn man hört, dass an

einem achtklassigen Schulsystem nicht nur weniger Lehrer anwesend sind als früher, sondern dass auch von den wenigen noch ein Teil dauernd zu Reserveübungen einbezogen oder in der Ausbildung zum Reserveoffizier begriffen ist. Das hat zur Folge, dass an der betreffenden achtklassigen Volksschule ein Lehrer fünf Monate lang 120 Neueingeschulte zu versorgen hatte!

Es ist nicht nur so, dass der Lehrernachwuchs fehlt, dass die Lehrerkademies sehr wenig frequentiert werden, es besteht schon in der Praxis ein grosser Lehrermangel. Auf einer Gaufagung des NS-Lehrerbundes für den Gau Westfalen ist von einem Berliner Redner des Bundes allen Ernstes die Frage behandelt worden, wie man Chargen der SA in Schnellkursen zu Lehrern für die ländlichen Bezirke ausbilden könne. In diesem Zusammenhang wird jetzt in der Lehrerzeitung, dem „Deutschen Erzieher“, immer wieder die „bildungsfreundliche Haltung des alten Fritz“ behandelt, der seine Kriegsveteranen dadurch versorgt hat, dass er sie zu Schulmeistern machte.

An der Universität Münster finden laufend Kurse für Leibesübungen statt, zu denen abwechselnd 50 bis 60 Lehrer und Lehrerinnen herangezogen werden. Diese Kurse sind nichts anderes als Reservistenübungen. Sie dauern acht Wochen. Die Frauen haben im wesentlichen denselben Dienst zu leisten wie die Männer, einschliesslich der Schiessübungen mit dem Karabiner.

In Wolterdingen in der Lüneburger Heide ist ein Ausbildungslager des Heeres, in welchem ausschliesslich Lehrer des Geburtsjahrganges 1904 geschult werden. Es wird auf alle ein starker Druck ausgeübt, dass sie sich als Reserve-Offiziere zur Verfügung stellen.

Wer den internen Schulbetrieb und das Verhältnis der Lehrer zur Hitlerjugend kennt, der weiss, dass hier nicht von reiner Harmonie gesprochen werden kann. Genau wie es früher nicht unerheblich Lehrer gab, die ihren Beruf als eine Passion auffassten, sind auch heute noch genug Lehrer da, denen die geistige Verwahrlosung der Kinder nicht gleichgültig ist. Sie sind es vor allem, die in einem stetigen Kampf gegen die Hitlerjugend stehen. Die Debatten zwischen der Lehrerzeitung und

den Organen der Hitlerjugend brechen ab. Oft steht dabei die Lehrerzeitung gegenüber der Jugendvergiftung in der Defensive. Immer wieder muss sie in allen möglichen Varianten versichern, dass Alter kein Verdienst, und Jugend noch keine Tugend sei. Es ist nicht zu bezweifeln, dass ein Teil der Lehrer zwischen 30 und 40 Jahren ganz bewusst die nationalsozialistischen Forderungen zur Abtötung des Denkvermögens der Jugend einfach ablehnt. Dieses Lehrer sind sich der Bescheidenheit ihrer Erfolge durchaus bewusst. Vielleicht kommt gerade hieraus das Bewusstsein, dass politische Nuancen im Augenblick so belanglos sind. Was man tun können, so sagte man uns, ist ja so wenig und prinzipiell doch so wichtig, geht nicht um politische Auffassungen oder gar um Parteimeinungen. Es geht um den ganz einfachen Versuch, ob es gelingt, Menschen zu erziehen — an Stelle von politischen Objekten in den Händen einer totalitären Staatsführung. Erste Pflicht ist in den Augen jener Lehrer, dieser Jugend den blinden Glauben zu nehmen. Je mehr das System seinen vagen Glauben in diese Jugend pflanzen und jedes Wissen und kritisches Denken ausrotten will, um so mehr konzentriert sich die Aufgabe dieser Lehrer darauf, selbständige, kritische Menschen zu erziehen.

Dieses Ziel lässt sich nur in ganz vorsichtiger Weise erreichen. Für den, der die Schwierigkeiten, unter denen diese Arbeit geleistet wird, nicht zu beurteilen vermögen, mögen diese Beispiele nebensächlich erscheinen. So ein Lehrer setzt beispielsweise einen Würfel vor die Klasse und sagt: Das ist eine Kugel. Kommt dann der Widerspruch, dann wird behandelt, worin der Unterschied besteht. Das Ziel dieser kleinen Beispiele ist, dass die Kinder nicht glauben, ehe sie sich nicht selbst von der Wirklichkeit überzeugt haben.

Es ist für manchen dieser Lehrer eine Genugtuung, wenn der Hitlerjugend-Führer zu ihm kommt und seine Hilfe anruft, wenn die Jungen seiner Gruppe „meutern“. Geht man dann dem Anlass der „Meuterei“ nach, so stellt sich heraus, dass der Hitlerjugend-Führer den Jungen eine Verlesung vorgelesen hat und Gehorsam erwartet. Die Jungen aber erklärten, dass sie den Zweck dieser Verordnung nicht einschärfen. Er solle ihnen den erst erklären. Das bringt ihn aber aus dem Konzept. Denn er gehorcht und fragt nicht. Wie gesagt, es sind kleine Beispiele. Aber kleine Dinge bewegen die Welt.

Der innere Kriegsschauplatz

Die ungewöhnliche Häufung von Hinrichtungen wegen angeblichen Hoch- und Landesverrats in den letzten Monaten ist eines der wichtigsten Symptome der ver-

schärfsten Kriegsvorbereitungen im Dritten Reich. Die folgende Zusammenstellung aus der Zeit vom 1. Januar bis 5. Oktober 1938 ergibt nicht weniger als 25 Hinrichtungen:

Name	Tag des Urteils	Angel. Grund zur Verurteilung	Tag der Hinrichtung
Josef Stark, Köln	27. 10. 37	Landesverrat	7. 1. 38
O. Demwolf, Mielitzsch O. S.	3. 11. 37	Landesverrat	7. 1. 38
H. Gajewski, Schneidemühl	3. 9. 37	Landesverrat	7. 1. 38
Dr. Felix Bobeck, Wien		Hochverrat	22. 1. 38
Gerhard Diehl, Berlin		Hochverrat	22. 1. 38
Arthur Peschke	26. 6. 37	Landesverrat	22. 1. 38
Karl Bischoff	15. 9. 37	Landesverrat	14. 2. 38
Ewald Funke, Wuppertal	15. 8. 37	Hochverrat	4. 3. 38
Willi Cammans aus Holland		Landesverrat	27. 4. 38
Georg Schwitzer, Ehepaar	16. 11. 37	Landesverrat	15. 6. 38
Anna Schwitzer, Loebau Sa.	16. 11. 37		
Liselotte Herrmann, Stuttg.	12. 6. 37	Hochverrat	20. 6. 38
Josef Steidle, Stuttgart	12. 6. 37	Hochverrat	20. 6. 38
Stefan Lowasz, Stuttgart	12. 6. 37	Hochverrat	20. 6. 38
Arthur Goeritz, Manzellort	12. 6. 37	Hochverrat	20. 6. 38
H. Menz, Bieberbach/Riss	2. 2. 37	Landesverrat	26. 6. 38
Helmut Kuhlmann, Berlin		Spionage	19. 7. 38
Wilhelm Kaschel, Dresden		Spionage	4. 8. 38
Ernst Weissner, Alpirsbach	16. 6. 38	Ausspähung im Rüstungsbefr.	2. 9. 38
Wilhelm Braun, Bad Duerkheim		Landesverrat	19. 8. 38
Karl Wieshoff, Weine/Westfal.		Spionage	19. 8. 38
Peter Heinz, Zewen/Trier		Spionage	19. 8. 38
Ludwig Maringer, Bonn	24. 6. 38	Landesverrat	4. 10. 38
Katharina Kneup, g. Kramer Kleinblittersdorf (Saar)	19. 7. 38	Landesverrat	4. 10. 38
Wilhelm Sommerfeld, Berlin oppositioneller SA-Mann	13. 7. 38	Landes- und Hochverrat	5. 10. 38

mittel mitzunehmen.“ (Zitiert nach der „Berliner illustrierten Nachtausgabe“ vom 19. Oktober.)

Arbeiterfrauen pflegen genau zu wissen, was ihre Männer verdienen. Wenn es ihnen

ganz natürlich erscheint, dass der Mann, statt seiner Familie seinerseits Geld zu schicken, um einen Zuschuss von zuhause mittel, dann muss es um das Einkommen der deportierten Zwangsarbeiter genau so

bestellt sein, wie die „Greuelpresse“ im Ausland es immer behauptet. — Selbst die deutschen Polizeiberichte verraten manchmal mehr als der Zensor bei genauer Prüfung gestatten dürfte.

Freiwillige Teilnahme

In Plauen wurde ein Bauarbeiter freigelassen, weil er an einem Betriebsapparat nicht teilgenommen und sich „ohne Entschuldigung“ nachhause begeben habe. Das Arbeitsgericht Plauen wies die gegen die fristlose Entlassung erhobene Klage des Arbeiters ab und stellte fest:

„dass die Teilnahme an einem vom Betriebsführer angeordneten Betriebsapparat zu den Pflichten des Arbeiters gehören, deren Verletzung zur fristlosen Entlassung führen kann.“

Die munteren Presse-Photographen Deutschlands beliefern ihre Blätter nicht nur mit Aufnahmen von Betriebsapparat und behaupten im Bildtext, die Zahl der Teilnehmer bewiese, dass die Arbeiterschaft geschlossen hinter dem Führer stehe. Sie vergessen hinzuzufügen: Die Arbeiter der Arbeiterschaft stehen ebenso geschlossen Gestapo, Betriebspolizei und Justizapparat.

Propagandareise der Kriegsmarine nach Südamerika. Die Schulschiffe „Schlesien“ und „Schleswig-Holstein“, werden am 29. Oktober zu einer mehrmonatigen Auslandsausbildungsreise in die Häfen Mittel- und Südamerikas auslaufen. Die Reise hat einen propagandistischen Zweck und soll die Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten verbessern.

Nationalismus und Demokratie

Die Wurzeln der Niederlage der Demokratie

Die Kapitulation der demokratischen Mächte gegenüber dem Kriegswillen des Faschismus nötigt zur Prüfung mehrerer Fragen. Die erste Fragengruppe müsste lauten: Wenn man das französische und das englische Volk als demokratische Völker ansieht — sind darum die Staaten England und Frankreich demokratische Mächte? Die andere Fragengruppe bewegt sich um die Frage: Was ist europäische Demokratie?

Man kann die europäische Demokratie auffassen als die Gesamtheit der organisierten demokratischen Parteien und als eine geistige Strömung. Die geschichtliche Kraft einer geistigen Strömung und die Veränderung dieser Kraft in der letzten Zeit kann aus so grosser zeitlicher Nähe nicht beurteilt werden, denn es ist die Eigenart geistiger Strömungen, dass ihre Wurzeln tiefer hinabgreifen und ihre Lebensdauer erheblich länger ist als die organisierter Gebilde. Dagegen ist es sinnfälliger, dass die demokratischen Parteien dem Vormarsch der Gegenrevolution seit langem geistig und politisch gelähmt gegenüberstanden haben. Die Folge davon ist, dass der Faschismus eine einheitliche europäische Politik besitzt, dass es aber keine einheitliche Konzeption der europäischen Politik im Lager der demokratischen Parteien gibt — nicht einmal mehr in der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Alle Schuld und alle Sünden der Nachkriegsperiode münden in das grosse Versagen der demokratischen Mächte angesichts des Vordringens der europäischen Gegenrevolution.

Von dieser allgemeinen Schuld und Schwäche sind die europäischen Arbeiterparteien nicht ausgenommen. Sie haben in der Praxis die Lehre von der Trennung der Innen- und Aussenpolitik übernommen, die nicht dem kämpferischen Sinn der Freiheit entsprach, sondern konservativen Stimmungen und Bedürfnissen. Die geistige Müdigkeit dieser Politik leuchtete aus der Argumentation führender sozialistischer Staatsmänner hervor: dass auch die Despotie in einem Lande ein Ausfluss des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei und als solche geachtet werden müsse. So weit ist in der Nachkriegsperiode der Doktrin der kämpferischen Parteien in Europa der demokratische Sinn der Freiheit und die grosse Tradition der europäischen Freiheitskämpfe entschwunden, mit denen sich die sozialistischen Parteien in ihren Jugendjahren auf das engste verbunden gefühlt haben.

Die sozialistischen Parteien haben sich von der ersten Stunde ihrer Geschichte an als Kern der europäischen Demokratie gefühlt. Der Begriff „Europäische Demokratie“ war im 19. Jahrhundert ein revolutionärer Begriff, er war der Ausdruck des Freiheitsdurstes der Völker. Die tragenden Ideen der europäischen Demokratie waren die Ideen der grossen französischen Revolution. Diese Ideen durchdrangen die anwärtenden Kriege des bürgerlichen Zeitalters im 19. Jahrhundert, die Kämpfe um Freiheit, Unabhängigkeit und nationale Selbständigkeit in allen Teilen Europas. Die Tradition der grossen Konzeption von der europäischen Demokratie, wie sie Marx und Engels herausgearbeitet haben, war getragen von der Grundstimmung der Freiheit, für die die Gewalt niemals ein verwerfliches Mittel war, sondern die Geburtsheiferin der Geschichte. Für die europäische Demokratie von damals war die Befreiung von Fremdherrschaft unlösbar verknüpft mit der inneren Freiheit der Völker, war eine Vorstellung von der Gesamtordnung Europas ebenso wichtig wie die Vorstellung von der inneren politischen und ökonomischen Ordnung der Völker. Für Marx und Engels war die europäische Freiheit das übergeordnete Prinzip, mit dessen Hilfe die Erscheinungen des grossen revolutionären und kriegerischen Prozesses geistig werteten und ordneten, der Europa umwälzte. Diese Anschauung, die das Recht auf nationale Selbstbestimmung bejahte, es jedoch gleichzeitig an

den inneren Freiheitswillen des Volkes und an den höheren Zweck der Förderung der europäischen Freiheit band, war das höhere und fortgeschrittenere Prinzip gegenüber dem rein nationalen, das die Nationalität und ihre staatliche Eigenexistenz um ihrer selbst willen bejahte. Es war die Gegenposition gegenüber der reinen Machtstaatsidee, wie sie von Hegel am schärfsten herausgearbeitet worden ist, und wie sie heute in der Totalitätslehre des nationalsozialistischen Staates wieder vertreten wird. Von diesem übergeordneten Prinzip aus haben Marx und Engels die Kriege des 2. napoleonischen Kaiserreichs, den italienischen Kampf um die Unabhängigkeit, den Krimkrieg, die Kriege von 1866 und 1870, die Balkanfragen und die polnische Frage beurteilt. Dies Prinzip war der Leitfad, der sie durch den Wechsel der Konstellationen hindurführte. Für sie war der Kern ihrer Politik nicht ein innerdeutscher Zweikampf mit den Kräften der innerdeutschen Reaktion, der eine rein nationale, isolierte Angelegenheit gewesen wäre, sondern das Bewusstsein von der Verbindung dieses Kampfes mit dem allgemeinen europäischen Freiheitskampf, in dem es weder den Begriff der inneren Angelegenheit eines Volkes, noch den Begriff der Neutralität, noch den Begriff der Nichteinmischung geben konnte. Die Souveränität der europäischen Freiheit stand für sie über der Souveränität der Nationalstaaten.

Dieser gedanklichen Konzeption gegenüber waren das zweite napoleonische Kaiserreich und das Bismarcksche Deutsche Reich die Verkörperungen des nationalen Machtstaatsgedankens. Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts stand im Zeichen des Verebbens der grossen Freiheitswelle und der Konsolidierung nationaler Machtstaaten. Im Innern dieser Nationalstaaten — und schärfer als in allen anderen in Deutschland — löste sich der Begriff des Nationalen vom Begriff der Freiheit, geriet das nationalstaatliche Denken in den Bann der Machtstaatsideologie, verfiel es der mit der Machtstaatsideologie verbundenen Machtromantik und der Metaphysik von Machtzielen, die den einzelnen Nationalstaaten bald mit dieser, bald mit jener theoretischen Begründung als angeblich immanent zugeschrieben wurden. Es wurde jenes europäische Gleichgewicht geschaffen, das geistig gesehen nur der Ausdruck der Inhaltslosigkeit der reinen Machtidee war, des Fehlens eines gemeinsamen übergeordneten Prinzips zwischen den Nationalstaaten, politisch die dauernde Kriegsbereitschaft und das dauernde Ringen um die militärische Ueberlegenheit. Hier wurzeln die traditionalistisch-bürokratischen machtstaatlichen Tendenzen in der Aussenpolitik der grossen Nationalstaaten, die noch heute vorherrschen und die bei der Anwendung des Begriffs „demokratische Mächte“ zur Vorsicht mahnen.

In dieser Epoche ist die Idee der europäischen Freiheit geschwächt worden. Die sozialistischen Parteien von heute sind entstanden auf dem Boden von Nationalstaaten als nationalstaatliche sozialistische Parteien. Sie sind von der Idee der europäischen Freiheit weg auf innere Fragen hingelenkt worden, auf Fragen der Verfassung und des Verfassungskampfes, Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Fragen der eigenen Organisation. Die grosse europäische politische Konzeption des marxistischen Sozialismus in seiner geistigen Ursprungsform verfiel, die Politik der Parteien wurde herabgeführt auf die Ebene des inneren Zweikampfes der sozialistischen Parteien als nationale Oppositionsparteien mit den Regierungen ihrer Länder. Ihrem Kampf gegen die machtstaatliche Aussenpolitik der Regierungen fehlte das übergeordnete Prinzip der europäischen Freiheit. War die geistige Schwäche des Reformismus gegenüber dem machtstaatlichen Nationalismus die eine Seite dieser Erscheinung, so die orthodoxe Imperialismustheorie einer besonderen sozialistischen Schule die andere. Diese Schule erklärte die

neueste Geschichte ausschliesslich aus einem angeblich dem Hochkapitalismus immanenten, unentrinnbaren Bewegungsgesetz, das für die Idee der Freiheit keinen Raum liess und deshalb fernab von wirklich politischem Denken und Wirken in die betrachtende soziologische Spekulation und in die Nebel der Metaphysik der Geschichte führte. So sind die sozialistischen Parteien schon ohne ein echtes gemeinsames Prinzip ihrer Aussenpolitik in den Weltkrieg eingetreten.

Die Folge davon war, dass sie in der Nachkriegsperiode belastet waren mit der Bindung an die Staatspolitik ihrer Länder im Kriege, an die demokratische Kriegspropaganda statt an die Grundideen der Demokratie, und dass sie geistig der Staatsraison ihrer Länder verfielen. Die geistige Reinigung von diesen Tendenzen, die Wiederherstellung eines gesamteuropäischen Bewusstseins war das grosse Problem der Arbeiterparteien in der Nachkriegszeit, und in der Tat begannen überall die im Kriege bereits vorhandenen Kräfte nun breiteren Raum zu gewinnen, die den nationalstaatlichen Tendenzen der Politik der Arbeiterparteien die Notwendigkeit entgegenstellten, die europäische Politik der Demokratie als Einheit zu begreifen. Aber dieser Prozess der geistigen Reinigung wurde entscheidend gestört durch das Problem Sowjetrussland und durch die Theorie und die Praxis des diktatorischen Sozialismus. In dem Kampf, der die Loslösung der kommunistischen Parteien von den demokratischen Arbeiterparteien begleitete, hat die kommunistische Theorie die Verbindung von Freiheit und Sozialismus grundsätzlich zerschnitten, und die Praxis der kommunistischen Politik in Sowjetrussland hat erhärtet, dass der diktatorische Sozialismus nichts mit der Idee der europäischen Freiheit zu tun hatte. Damit war für die kommunistischen Parteien ebenfalls die Verbindung mit jener grossen, eine gesamteuropäische Freiheitskonzeption umfassenden Tradition gelöst — aber radikaler, grundsätzlicher noch als für die demokratischen Parteien.

Diese geistige Spaltung war verhängnisvoller als die organisatorische Spaltung. Die Frage der Beziehung Sowjetrusslands zu den übrigen europäischen Ländern war von Anbeginn an ein grosses europäisches Problem. Die machtpolitischen und die traditionalistisch-bürokratischen Tendenzen in der Aussenpolitik der westeuropäischen Länder wandten sich lange Jahre hindurch gegen eine Eingliederung Sowjetrusslands in die neue europäische Ordnung. Dieser Widerstand war der Ausdruck des Widerwillens der privilegierten Klassen gegen das Sowjetregime. Die demokratischen Parteien Westeuropas aber wollten und konnten nicht dies Problem zum Brennpunkt einer Auseinandersetzung um den Charakter der Aussenpolitik machen; denn wenn die Parteien der kommunistischen Internationale die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie als Verteidigung der privilegierten Klassen ausgaben, im Namen welchen Prinzips sollte dann die Auseinandersetzung geführt werden? In der Tat ist da, wo der Ring der Isolierung Sowjetrusslands am ehesten durchbrochen wurde, in Deutschland, die ausserpolitische Verbindung mit Sowjetrussland hergestellt worden nicht um des Prinzips der europäischen Freiheit willen, sondern aus machtpolitischen Opportunitätserwägungen. So hat die Existenz Sowjetrusslands nicht zu einer europäischen Einheit, sondern zu einer europäischen Spaltung geführt, ohne dass die europäische Demokratie dieser Spaltung ein einheitliches Prinzip hätte entgegenstellen können. Vielmehr hat gerade die Zerreiung der Arbeiterparteien an dieser Frage die Uninteressiertheit mancher von ihnen an gesamteuropäischen Fragen und das nationalstaatliche Denken gefördert.

Diese Spaltung stand aber auch der Bildung eines einheitlichen demokratischen Volkswissenbewusstseins im

Wege, und hier hat sie die unheilvollsten geistigen und politischen Wirkungen gezeitigt. Da die kommunistische Ideologie die Unterschiede zwischen demokratischen und gegenrevolutionären Regierungen verwischte, wurde es unmöglich, die Volksmassen zu klarer Erkenntnis der gegenrevolutionären Gefahren zu bringen. So ist es in der Nachkriegszeit — bis zur Abkehr der kommunistischen Parteien von dieser Verwirrungs-ideologie — nicht gelungen, eindeutig den Begriff der europäischen Gegenrevolution zu klären. Wo musste das Prinzip der europäischen Freiheit bleiben, wenn nicht einmal eine gemeinsame Erkenntnis der gegenrevolutionären Gefahren vorhanden war?

An der Blindheit gegenüber den heraufziehenden europäischen gegenrevolutionären Gefahren hat sich in der Nachkriegsperiode die nationalstaatliche Befangenheit der Arbeiterparteien am stärksten erwiesen. Ihre geistige Kraft reichte nicht aus, um ihre Politik wahrhaft wieder auf ein europäisches Prinzip zu stellen. Diese geistige Entfernung von einem übergeordneten europäischen Prinzip hat die Tendenzen zur sozialistischen Autarkie verstärkt, sie hat einigen von ihnen jenen nahezu konservativen Zug gegeben, den deshalb heute einige Beobachter wie einige sogenannte Sozialisten als das wesentliche Element des zukünftigen Sozialismus betrachten.

Diese aus ihrer nationalstaatlichen Existenz entspringende Trägheit gegenüber dem Prinzip der europäischen Freiheit, die Abkehr von der Tradition der kämpfenden europäischen Demokratie des 19. Jahrhunderts ist es, die der Politik der Arbeiterparteien den Zug der Schwäche, der geistigen und willensmässigen Hilflosigkeit gegenüber der faschistischen Bedrohung der europäischen Freiheit gibt.

Noch viel stärker gilt das von den Parteien und Kräften der Demokratie im weitesten Sinne des Wortes. Der Pazifismus der Nachkriegszeit, eine gefühlsmässige, aber unpolitische Reaktion auf die Verbrechen des Krieges, hat sein Gesicht vor dem Problem der europäischen Freiheit verhüllt. Er ist immer der Frage ausgewichen, mit welchen Mitteln die europäische Demokratie der Gewalt der Diktaturen entgegenzutreten solle. Er ist zu einer durchaus konservativen, ja reaktionären Erscheinung geworden, besonders in seinen nationalgebundenen Erscheinungsformen, deren letzte Zuflucht vor der faschistischen Gewalt das Prinzip war: wenn Krieg, dann wenigstens nicht bei uns und ohne uns — eine besondere Erscheinungsform des nationalistischen Egoismus, der die europäische Politik nicht als Einheit begreift und nicht begreifen will. Dieser Pazifismus endet beim Prinzip des Friedens um jeden Preis — selbst um den Preis des Sieges des Faschismus in ganz Europa. Er ist ein Ausdruck des gänzlich unpolitischen, politisch prinzipienlosen Individualismus, der mit dem wahren Freiheitsbegriff nichts zu tun hat. Seine geistig politische Trägheit, die fern von allem Verständnis für die Dialektik der Geschichte ist, hat die Wiederbelebung der Idee der europäischen Freiheit, der kämpfenden europäischen Demokratie, in der Nachkriegsperiode im Wege gestanden, in den Nationalstaaten wie auf internationalem Gebiete, sie trägt Schuld an der Hinwendung eines Teiles der Jugend zum Machtstaatsgedanken, an der Abwendung der demokratischen Kräfte von ihren kämpferischen Aufgaben.

So finden wir heute in der internationalen Politik demokratischer Regierungen und Staatsmänner nicht die Tendenzen der kämpfenden europäischen Demokratie, sondern die traditionalistisch-bürokratischen Tendenzen überwiegen, nicht das übergeordnete Prinzip der europäischen Freiheit, sondern die Prinzipien des nationalen Egoismus, die „Staatsraison“ ihrer Nationalstaaten.

Es ist das Verhängnis der staatlichen Neuordnung Europas nach dem Weltkrieg, dass sie diese aus der national-

staatlichen Existenz entspringenden Schwachmomente der demokratischen und der Arbeiterparteien gegenüber der Bedrohung der europäischen Freiheit künstlich verstärkt hat. Der Gegensatz zwischen der demokratischen Idee, die das Grundelement des Ideenkrieges im Weltkrieg war, und dem, was nach dem Kriege geworden ist, war zu sinnfällig. Die Staatspolitik der siegreichen demokratischen Länder in den ersten Nachkriegsjahren war reine Machtpolitik, weit entfernt von einer einheitlichen demokratischen Auffassung der europäischen Politik, die notwendig die junge deutsche Demokratie hätte mit einbeziehen müssen. Die Verwirklichung der europäischen Freiheit hätte die Schaffung eines gleichen Rechtsstatutes, hätte volle Verkehrsfreiheit, hätte die Verwirklichung eines relativen Freihandels zwischen den alten und den neuentstandenen Staaten vorausgesetzt. hätte die Loslösung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsfragen vom Hass des Krieges erstreben müssen. Statt dessen haben die politischen Ideen der reaktionären Klassen und ihre Interessen sich in den Vordergrund geschoben. Die Nachkriegsordnung ist belastet worden mit neuen schwierigen Problemen, mit Rückfällen hinter den bei Beginn des Weltkrieges bereits erreichten Stand. Die innere Struktur mancher neugeschaffenen Nationalstaaten entsprach keineswegs dem Prinzip der Einheit von nationaler Selbstbestimmung und innerer Freiheit, ihre Wirtschaftspolitik keineswegs der für die Existenz kleiner Nationalstaaten notwendigen Einsicht in die Unzerreissbarkeit der Zusammenhänge der europäischen Wirtschaft. Die Verwechslung von staatlich-kulturellem Selbstbestimmungsrecht und Autarkiepolitik, eine aus bornierten Nationalismus geborene Hochschutzzollpolitik traten in schreiendem Gegensatz zu der Idee der europäischen Freiheit.

Das Gesetz des Nationalismus hat mit dem Ende des Weltkrieges in ganz Europa die wirtschaftliche Vernunft verewaltigt. Es hat aus Organisationsfragen Herrschaftsfragen gemacht. Die Fragen der politischen Autonomie und Souveränität haben die Gesetze der Wirtschaft beiseite geschoben. Hochprotektionismus und Zerstörung der Handelsbeziehungen, Stagnation und Aussichtslosigkeit in einem Teile Europas gehen darauf zurück. Heute, wo überall, auch in den kleinen und kleinsten Ländern, Wirtschaft und Militärmacht künstlich miteinander verschlungen sind, wo der Nationalismus über die Standortgesetze der Weltwirtschaft triumphiert hat, erscheint eine Lösung ohne schwerste wirtschaftliche und nationale Krisen kaum mehr möglich. Hier liegt eine europäische Gesamtschuld vor. Das Wissen um diese Gesamtschuld ist es, das die Abwehrkraft der europäischen Demokratie gegen die Vorstöße der

Diktaturländer geschwächt hat. Will die politisch-wirtschaftliche Struktur der Völkerbundsstaaten und die Art ihrer Wirtschaftsbeziehung keineswegs im Einklang mit der gedanklichen und rechtlichen Struktur der demokratischen Grundelemente des Völkerbundes war, hat sich die geistige und moralische Krise des Völkerbundes ergeben.

Alles weist darauf hin, dass die Demokratie in Europa nicht leben kann als ein unorganisiertes Nebeneinander isolierter nationalstaatlicher Demokratien, sondern nur als einheitliche, gesamt-europäische Demokratie. Aber es sind gerade die Elemente der Isolierung, die in der Staatspolitik der demokratischen Länder überwiegen. Wenn die europäische Demokratie die Lage nur unter dem Gesichtswinkel dieser Politik aus überprüfen wollte, so müsste sie zu der Frage kommen: wird die Verteidigung des Rechts nicht zur Verteidigung der Reaktion?

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Sozialisten Englands und Frankreichs von dem Wissen um diese gesamt-europäische Schuld gequält worden sind und gequält werden, aber ebenso unbestreitbar ist, dass die Befreiung von dieser Schuld und die Wiedergewinnung einer gemeinsamen Grundlage für eine aktive europäische demokratische Politik die Abstreifung der geistigen Einflüsse, die aus der nationalstaatlichen Existenz dieser Parteien ent-

springen, die geistige Abgrenzung vom Nationalismus, und die Anerkennung der europäischen Freiheit als des obersten Prinzips der Aussenpolitik der Sozialisten aller Länder voraussetzt. Die europäische Demokratie muss notwendig auf ihre grosse militante Tradition zurückgehen, wenn sie nicht unterliegen will.

Dazu gehört vor allem, dass sie mit voller Klarheit ihre aussenpolitischen Auffassungen abgrenzt gegen jene traditionalistisch-bürokratischen Auffassungen, die auf die Vertretung der Interessen aller privilegierten Klassen Europas hinauslaufen. Die letzten grossen Entscheidungen haben die innere Verwandtschaft der Ideen der privilegierten Klassen der demokratischen Länder mit denen der privilegierten Kreise der faschistischen Länder erkennen lassen. So wie die faschistischen Mächte sich hüten, an dem sozial konservativen Grundelement der Nachkriegsordnung in Europa zu rütteln, so richten die privilegierten Klassen in den demokratischen Ländern ihre ganze Aufmerksamkeit unverkennbar darauf, dass nicht das Eindringen des Freiheitsprinzips in die Aussenpolitik der demokratischen Länder mit diesen konservativen Grundzug auch ihre Privilegien erschüttere und von der Aussenpolitik her den Weg zu einer Erneuerung Europas im Geiste der Demokratie eröffne.

Die grossen Ideen der französischen

Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung — jetzt als Liberalismus von allen Faschisten und Nationalisten verflucht — sind noch zu realisieren. Sie harren noch der Realisierung, die eine Zukunftsaufgabe der europäischen Demokratie ist. Das sogenannte liberale Zeitalter war nicht als ein erster, unvollkommener Versuch ihrer Realisierung, ein wirres Durcheinander von liberalen, demokratischen, konservativen, autoritären, reaktionären, machtsstaatlichen, kapitalistischen Elementen; nicht einmal in der Ökonomie hat es den wahren Liberalismus gegeben, geschweige denn im inneren politischen Leben der Völker. Aus diesem wirren Durcheinander ist das europäische Ringen von heute hervorgegangen.

Um welches andere Ziel kann es gehen als um den Sieg der Freiheit in Europa? Die erste Voraussetzung dafür aber ist, dass die Demokraten in Europa gibt. Solange ihre Befangenheit hinausdenken und erkennen, dass es ein Gesamtproblem der Demokratie in Europa gibt. Solange ihre Befangenheit in nationalstaatlichem Egoismus und in geistiges Versagen den Feinden der Freiheit die Möglichkeit gibt, ihre Politik des „Teile und herrsche“ weiterzuführen, solange ist an eine sinnvolle Organisation des Kampfes um die Wiedergewinnung der Demokratie in Europa nicht zu denken.

Die Banken werden geplündert

Ley fordert Personalkredit für alle Kämpfer

So erstaunlich es klingt — durch den grossen „Arisierungs“-Raubzug in Deutschland werden nicht nur die Juden geschädigt. Es gibt noch andere Leidtragende. In den weitaus meisten Fällen verläuft die Sache so:

Ein kleiner Angestellter einer jüdischen Firma, zugleich SS- oder SA-Mann, macht sich zum Sprecher der Belegschaft und fordert gebieterisch die Arisierung des Unternehmens. Schon ehe er zur direkten Aktion überging, hatte er die Zusicherung einer Parteiformation oder der Arbeitsfront in der Tasche, dass er und kein anderer Nachfolger des jüdischen Chefs werden würde. Der Chef wird gezwungen, dem braunen Angestellten seinen Schreibtisch einzuräumen. Bei der Uebergabe zeigen sich Schwierigkeiten, denn der Chef-Aspirant verfügt nicht einmal über die Mittel, die nach der Festsetzung des lächerlich niedrigen Kauf- oder besser Ramschpreises durch den Arisierungskommissar zum Erwerb des Unternehmens nötig sind.

Nun machen Partei und Arbeitsfront einer Bank oder irgendeinem anderen Kreditinstitut begreiflich, dass dem Reinger der deutschen Wirtschaft unbedingt auf die Beine geholfen werden müsse. Der Reinger bekommt einen grösseren Kredit und bewilligt sich zunächst ein Chef-Gehalt, von dem der jüdische Vorgänger selbst in

besseren Zeiten nicht einmal geträumt hat. Dann macht er sich daran, die davongelaufenen Kunden zurückzuholen, was in den meisten Fällen nicht gelingt. Dann stellt er fest, dass verschiedene Lieferfirmen inzwischen auch im Arisierungsprozess begriffen und aus diesem Grunde nicht lieferbereit sind. Dann disponiert er zwischen, um und fehlt, bis kein Revisor sich mehr zurechtfindet, und endlich geht die Firma in die zweiten, bald darauf in die dritten „arischen Hände“ über.

In führenden Bank- und Wirtschaftszeitschriften ist über diese Verschleuderung von Krediten ganz offen und sehr bitter geklagt worden, und einige grössere Kreditinstitute haben endlich beschlossen, Arisierungskredite nur nach eingehender Prüfung zu gewähren, d. h. in einer Vielzahl von Fällen ganz zu verweigern. Sie wiesen dabei auf den Schaden hin, den die deutsche Wirtschaft durch dauernde Fehlleitung des Kapitals erleide und beriefen sich auf ihr völkisches Verantwortungsbewusstsein, das ihnen nicht erlaube, leichtsinnig ein übergrosses Risiko einzugehen.

Auf der Reichstagung des Fachamtes Banken und Versicherungen in Düsseldorf hat Dr. Ley den Störenfried, die sich der unumschränkten Vetterwirtschaft entgegenzustellen suchen, eine Antwort erteilt. Der „Völkische Beobachter“ vom 22. Oktober berichtet:

„Dr. Ley wandte sich dann insbesondere an die Initiative der Banken und Versicherungen. Die Zeiten sind vorbei, wo man bei einem Geldeinsatz auch ein grosses Risiko eingehen musste. Auch

heute kann nur der gewinnen, der sein Geld richtig einsetzt und nicht wahllos in seinem Tresor behält. Deshalb erwächst dem Bank- und Versicherungsgewerbe die Pflicht, in Zukunft wieder mehr Personalkredite zu geben. Die vielen Handwerker und Angestellten arbeiten mit dem Gelde. Bei ihnen liegt es in den besten Händen!

In seiner von vielem Beifall unterbrochenen Rede zeigte dann der Reichsorganisationsleiter weiter, was man durch kämpferischen Einsatz erreichen könne.“

Die Banken haben bereits erfahren, was man durch den Einsatz im antisemitischen Kampf erreichen kann: namhafte Verluste bei der Kreditbewilligung. Aber Ley fiehlt, sie müssen gehorchen. Die Ersicherung der sudetendeutschen Gebiete gegen dem Verlustgeschäft eine ungeahnte Ausdehnung, und so wird die deutsche Wirtschaft immer herrlicheren Zeiten entgegengeführt.

Einkauf in jüdischen Geschäften: Eine scheidungsgrund. Das Landgericht Frankfurt a. Main hat die Ehe eines Nationalsozialisten geschieden, weil die Ehefrau, die Weisungen ihres Mannes zuwider, Einkäufe in jüdischen Geschäften gemacht hatte. In der Urteilsbegründung heisst es: „Wenn die Ehefrau eines Nationalsozialisten trotz ausdrücklichen Verbotes ihres Mannes in jüdischen Kaufhäusern und Geschäften einkauft, so ist es dem Mann nicht zu verargen, wenn seine eheliche Sinnung erkaltet.“

Neue Bücher

Liest man das Schauspiel „Haben“ von Julius Hay (Verlag C. Mayer und Cie, Paris), so entsinnt man sich des Schauerberichts, der vor Jahren durch die Blätter ging und von einem ungarischen Dorf an der Theiss erzählte, in dem eine beträchtliche Zahl Bäuerinnen sich unbehaglicher Männer durch Gift entledigt hatten, um die unabhängigen Erbinnen des Besitzes zu werden. Die Hebamme des Ortes war es, die den weissen Tod dirigierte. Hätte das ein Dichter erfunden, es wäre ungläublich erschienen. Dieser Gefahr also entrann Hay, als er die vom Leben gelieferte Schauerballade zu einem Drama gestaltete, in dem er die Tragödie jener Menschheit streift, die ihr menschliches Sein an das Haben verloren hat. Daher der Titel. Die sozialen Widersprüche des Daseins treten in dieser Dorftragödie umso elementarer hervor, als sie sich auf primitiver Ebene entwickeln. Nur scheint uns die psychologische Entwicklung in diesen vierzehn Bildern zu rasch zu verlaufen. Die feineren Uebergänge fehlen oft, die Menschen sind wie mit der Holzaxt zugehauen und die meisten reden in ihrer Kargheit, wie bei Schönherr, nur das Allernötigste. Die Charaktere der Hauptgestalten wachsen zwar allmählich und logisch aus der Handlung hervor, aber gerade darum erschrickt man, wenn ihnen der Autor die Affekte der Gewalttätigkeit so sprunghaft vermittelt, um mit der dramatischen Handlung und am Schluss mit einem knalligen Effekt zurechtzukommen. Es ist mit einigen dieser Menschen so, wie die Theiss geschildert wird: über Nacht, unsichtbar, können sich die bösesten Ueberraschungen entwickeln.

So die Wirkung des Buches. Möglich,

dass die Bühne solche Einwände glatt überspielt. Das dramatische Talent des Autors ist in jeder Szene zu spüren, nur Zeit lassen muss er sich da und dort, etwas mehr Zeit lassen mit der inneren Entwicklung seiner Leute. Wahrscheinlich ist das Stück von sehr starker Bühnenwirkung. Das ewige daran: Es zeigt, wie hilflos der Durchschnittsmensch immer zwischen Gut und Böse steht und wie leicht das Böse zum normalen Leben, zum Alltag werden kann, ohne dass es der geplagten, strahlenden Kreatur klar zum Bewusstsein kommt.

Alfred Kerr hat einen neuen kräftigen Band Gedichte herausgebracht: „Melodisch“ (Internationale Verlagsanstalt, Paris). Erinnerungen, Stimmungen, Gedichte an Menschen. Die meisten der Verse entstammen unserer Zeit, gelten dieser Zeit der kaffrigen Verfinsterung, atmen Kerrs burschikosen Kampfgeist. In ihnen mischt sich der Journalist und Dichter, Stimmungen verschmelzen mit lyrischer Reportage und Anklage. Ein Trotz alledem! schwingt in ihnen, Beherztheit und gesunder Lebenswille. Nicht immer wird solch burschikoser Humor der Schwere und Tragik dieser Zeit gerecht, allzu munter hüpfert er oft darüber hin. Leichtes wechselt mit literarisch Gewichtigem. Aber alle diese Poeme und gereimten Glossen sind lebendige Zeugnisse der kräftigen Lebensbejahung eines Dichters, der nun sein Siebzigstes hinter sich hat.

B. Br.

Muttersprache

Bei allen Völkern gelten die Zeichen des Sprachzerfalls als bedenkliche Symptome

allgemeinen Niederganges. Die Ursachen der Sprachverschlechterung können verschiedener Art sein; eine davon ist gegenwärtig in Deutschland das schlechte Beispiel von oben her. Wir sehen von dem schandbaren Deutsch der Spitze ab, das ist nun mal ein abnormer Fall. Aber selbst wenn die braun gewürfelten Oberliteraten von der Schönheit ihrer Muttersprache zu singen beginnen, tränen dem unverbildeten Leser die Augen. Was sich die Johst, Stegewart usw. in dieser Beziehung geleistet haben, das hätte in der Demokratie ein Hohn-gelächter entfesselt. Und ein stammelnder Analphabet, wie der zweite Vorsitzende der Reichsschrifttumskammer namens Hedrich, wäre früher in Bezirken deutscher Sprachkunst unmöglich gewesen.

Wir wissen, dass neben diesen klotzigen Beispielen das nachstehende verblasst, aber es ist immer wieder ergötzlich-traurig, zu sehen, welche Geister heute in Deutschland ihr Wesen als Sprachretter treiben dürfen. Ein Mitarbeiter der Göringschen „Nationalzeitung“ zürnt in Nummer 282 wider den Sprachzerfall und fabriziert bei dem begeisterten Versuche, seine Muttersprache zu retten, folgende Blüten:

„Da werden . . . bei inhaltslosen Geschwätz die Schönheiten unserer Sprache misshandelt . . .“
„Aber nur wenigen unter den Volksschülern erwächst so etwas wie Ehrfurcht vor ihrer Muttersprache . . .“
„Da die Menschen aber zu dem träge sind, werden viele wahrscheinlich selbst bei einem in guter Sprache geschriebenen Buch nur dem Inhalt verschworen sein . . .“
„ . . . laufen sie auf Stelzen, die sie sich dem Behördenstil oder dem Kaufmannstil von gestern entleihen . . .“
„Bewusst wird einem das erst, wenn

man der Bedeutung eines Wortes bis in den Grund geht oder sich mit der Geschichte unserer Sprache befasst — von ihren ersten Anfängen, als sie noch die Hilfe der Gebärde bedurfte, über all die mannigfachen Entwicklungsstufen den Höhepunkten, an denen die grossen Dichter und Wortgestalter beispielgebend standen. Wie erwächst da für uns Deutsche die Bedeutung Luthers als Sprachschöpfer und noch mehr die Goethes.“

Armer Goethe . . . Weder dieser Kritik noch Görings Redaktion weiss, dass bei dieser Gebilde entweder falsch oder halblöser Schwulst ist. Die Stammelei aber ist überschrieben: „Sprachzerfall und Sprachpflege“ und steht gross aufgemacht in der Beilage „Deutsches Kulturleben“ . . .

Ein deutsches Brevier Ohne Republik und Sozialisten

Unter dem Namen „Deutsches Brevier“ hat der Europa-Verlag, Zürich, eine von Edgar Alexander ausgewählte Sammlung alter und neuer Freiheitsstimmen, deutscher und ausländischer, herausgebracht. In sorgfältig ausgewählten Zitaten kann man Philosophen und Theologen, Gelehrten und Dichter vernehmen, die ihre Ansichten über den Wert der menschlichen Freiheit und den Fluch aller Tyrannei am besten geben. Ein Buch, das so gute Mitarbeiter hat wie Aristoteles und Thomas von Aquino, Goethe und Heine, Uhland und Herwegh und viele andere mehr, kann nicht verfehlen, nachdenklichen Köpfen Anregung zu gewähren und sorgenvollen Herzen Trost zu spenden. Nur eines ist dem bei merkwürdig: mit der grössten Sorgfalt ist alles ausgelöscht und weggewischt, was

Die Internationale und die Krise

Die Beratungen von Brüssel

Die Exekutive der SAI, die am 18. und 19. Oktober in Brüssel tagte, nahm einstimmig die folgende Resolution über die internationale Lage an:

Die Exekutive der SAI hat sich am 18. und 19. Oktober an ihrem Sitz in Brüssel versammelt. Die Delegierten der angeschlossenen Parteien haben Informationen über die Ereignisse der letzten Zeit ausgetauscht, die zu den Vereinbarungen von München und zur Verhinderung der Tschechoslowakei geführt haben.

Die Internationale stellt fest, dass die Wirkungen der Münchener Vereinbarungen immer deutlicher sichtbar werden.

Diese Vereinbarungen wurden übereilt, ohne Sachverständige durch eine Konferenz ausgearbeitet, die, in der Zitadelle des Siegers abgehalten, in nichts der internationalen Zusammenkunft entspricht, die der Präsident Roosevelt für ein neutrales Land vorgeschlagen hatte.

Sie wurden unterzeichnet, ohne dass die Tschechoslowakei gehört worden wäre. Sie entsprechen weder dem Geist der Gerechtigkeit, noch der Gleichberechtigung der Nationen. Sie haben den raschen Einmarsch der deutschen Truppen vorbereitet und die Festungswerke ausgeliefert, ohne dass irgendeine Massnahme zum Schutz der Demokraten und der freigesinnten Menschen getroffen worden wäre. Sie bedeuten die Gutheissung eines Diktats, steigern das Prestige und die Stärke eines Diktators und schwächen militärisch, wirtschaftlich und moralisch die europäischen Demokratien. Sie verschärfen die internationale Situation und erhöhen die Kriegsgefahren.

Aber so schwer in ihrem Wesen und in ihren Wirkungen die grausame Niederlage war, die die Demokratien und der internationale Sozialismus erlitten haben, sieht die Exekutive dennoch der Gegenwart und der Zukunft mutig entgegen.

Die Bedingungen, welche die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft bestimmen, bleiben die gleichen. Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse bleibt die gleiche. Die Aufgabe der Internationale bleibt die gleiche.

Die Internationale stellt neuerlich fest, dass eine der Ursachen der unheilvollen Entwicklung der Ereignisse in Europa die Schwäche der demokratischen Kräfte war. Es ist die gebieterische Pflicht der angeschlossenen Parteien, ihre Einheit durch eine Bemühung jeder Partei zur freimütigen Klärung zu festigen, wobei sie im Lichte der Ereignisse die innere und äussere Lage, der sie sich gegenübersehen, mit kraftvoller Entschlossenheit ins Auge fassen müssen.

Die Internationale fordert die Parteien auf, von ihren Regierungen die gleiche Bemühung um freimütige Klärung zu verlangen, damit verhütet werde, dass mörderische Zweideutigkeiten, denen die Tschechoslowakei zum Opfer gefallen ist, andauern oder sich wiederholen.

Jedes Land soll, falls dies noch nicht geschehen ist, die Rechnung seiner Verpflichtungen aufstellen, ehrlich und loyal diejenigen aufkündigen, die es nicht zu erfüllen entschlossen ist, die anderen aber restlos einhalten. Dies ist das einzige Mittel, in den internationalen Beziehungen die Moral und die Loyalität wiederherzustellen, die unerlässlichen Grundlagen der kollektiven Sicherheit und des Friedens, wie sie durch eine genaue und allgemeine Durchführung des Völkerbündnisses hätten gesichert werden sollen.

Die Internationale fordert sie schliesslich auf, für die erneuerte Sammlung aller Kräfte der Freiheit und Gerechtigkeit in Europa zu wirken. Dies ist das beste und das letzte Mittel, entsprechend den Vorschlägen des Präsidenten Roosevelt, die günstigen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und politische Reorganisation Europas zu schaffen, die die unerlässliche Grundlage eines wahrhaften und dauernden Friedens ist.

Diesen Frieden braucht der Sozialismus wie der Frieden den Sozialismus braucht, aber der Kampf für diesen Frieden ist „der schwerste aller Kämpfe“. Die Internationale wünscht daran zu erinnern, dass sie als Hüterin des Gedankenerbes der Apostel und Märtyrer des Sozialismus es immer abgelehnt hat, diesen Willen zum Frieden mit einem billigen Pazifismus ohne Bedingungen und ohne Grenzen zu verwechseln, der die letzten Reste der staatsbürgerlichen Freiheit, des sozialen Fortschritts und der menschlichen Kultur leichtfertig eine nach der anderen ohne Gegenwehr ausliefern würde.

Sie appelliert ferner an die Grossmächte, dass sie durch ihre enge und feste Solidarität einen Widerstand gegen alles aufrichten, was endgültig die oberste Hoffnung der Menschheit zu vernichten droht: den Frieden, die Freiheit und Gerechtigkeit.

Der letzte Aufruf des Präsidenten Negrin gibt diesen Regierungen eine besondere Gelegenheit, ihre klarblickende Solidarität zu bekunden.

Die Internationale beglückwünscht die Regierung des freien Spaniens dazu, dass sie aus eigenem Entschluss und unter strenger Kontrolle des Völkerbundes auf ihrem Gebiet alle fremden Staatsbürger abgezogen hat, die ihr freiwillig ihre Hilfe und das Opfer ihres Blutes dargebracht hatten. Sie fordert, dass unverzüglich aus dem von den aufständischen Generälen besetzten Spanien alle ausländischen Streitkräfte und Techniker sowie auch die marokkanischen Untertanen und Söldner zurückgezogen werden und dass diese Zurückziehung unter ebenso strenger Kontrolle erfolge wie diejenige, der sich die republikanische Regierung aus eigenem Entschluss unterworfen hat. Niemand kann sich dieser Verpflichtung der Billigkeit und des Friedens entziehen.

Die Internationale fordert, dass Spanien allein gelassen werde, frei, über sich selbst zu bestimmen, ohne irgendwelche Beschränkung seiner Rechte und ohne einer Blockade unterworfen zu werden. Sie fordert, dass ihm gegenüber Europa eine wirkliche Neutralität beobachtet. Das spanische Volk wird selber seinen Weg und Europa den Frieden finden.

Im Augenblick haben die Grossmächte vor allem die Aufgabe: das brutale Bombardement der offenen Städte zu verhindern und unverzüglich den Opfern dieses grässlichen Krieges, den hungerleidenden Kindern, Frauen und Greisen Hilfe zu bringen. Die Internationale fordert ihre Parteien auf, sie mögen jede ihre Regierungen, ihre Mitglieder und alle Männer und Frauen mit menschlich fühlenden Herzen aufrufen, zur Linderung dieses unverschuldeten Elends beizutragen.

Für alle diese Bemühungen und diese Aktion, welche alle Parteien mit gleicher und steigender Energie unternehmen sollen, wird die Internationale um sich und um die Regierungen, die diesen Geboten der Vernunft und des Rechts folgen wollen, alle klarblickenden Menschen sammeln, die den wahren Frieden wollen: den gerechten und dauerhaften Frieden der freien Völker und der freien Menschen.

Tagungen der Exekutive der SAI.

Die Exekutive der SAI hielt am 18. und 19. Oktober 1938 in Brüssel eine Sitzung ab. Dabei waren anwesend: de Brouckère, (Präsident); G. De Block, M. Buset, C. Huysmans, E. Vandervelde (Belgien); H. Hedtoft-Hansen (Dänemark); R. Hilferding, H. Vogel (Deutschland); V. Auriol, Léon Blum, S. Grumbach, J. Zyromski (Frankreich); E. Gvardjaladze (Georgien); Ph. N. Baker, G. Dallas, W. Gillies (Grossbritannien); J. W. Albarda, K. Vorrink (Holland); G. E. Modigliani (Italien); F. Cielens (Lettland); E. Gerhardsen, F. Moe (Norwegen); 1 Delegierter (Oesterreich); M. Jarblum (Palästina); M. Niedzialkowski (Polen); Th. Dan (Russland S. D.); 1 Delegierter (Russland S. R.); H. Akerberg, A. Vougt (Schweden); P. Graber (Schweiz); F. Azorin, M. Cordero (Spanien); E. Buchinger, (Ungarn, S. P.); Z. Ronai (Ungarn, Vilagossag); Alice Pels (Internationales Frauenkomitee); E. Ollenbauer (Soz. Jugend-Internationale); J. Van Roosbroeck (Kassier); F. Adler (Sekretär).

Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte die Teilnahme an der Sitzung mit folgendem Brief an den Präsidenten der SAI abgelehnt:

Prag, 17. Oktober 1938.

An Genossen Louis de Brouckère
Präsident der Arbeiter-Internationale
Brüssel

Mein lieber Präsident,

Ich danke Ihnen für die Einladung zur Sitzung der Sozialistischen Internationale, die am 18. und 19. Oktober 1938 in Brüssel stattfinden soll, und bitte Sie, im Namen der Exekutive der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, die Entscheidung der Partei, dass die Delegierten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie an den Beratungen nicht teilnehmen können, zur Kenntnis zu nehmen.

Die tschechoslowakische Partei ist der Ansicht, dass es unnötig ist, ihre Gründe darzulegen, und dass sie Ihnen und der gesamten Internationale genügend be-

passte in den braunen Himmel ein Baal oder Vitzliputzli.

Der gefährlichen Aether

Bei einer Rundfunkkundgebung im Kölner Ufa-Palast hielt Reichs-Sendeleiter Hadamovsky eine leicht verbitterte Rede. Laut Pressebericht sagte er u. a.

„es sei nicht in der Ordnung, dass man im eigenen Lande den Rundfunk der Gegner abhöre. Jeder Deutsche müsse auf die eigene Führung hören und die eigenen Parolen weitertragen.“

Diese mephistophelische Weisheit — „am besten ist's auch hier, wenn ihr nur einen hört und auf des Meisters Worte schwört“ — scheint sich also in Deutschland trotz Gefängnis und Konzentrationslager noch immer nicht durchgesetzt zu haben. Man wird den Aether in Schutzhaft nehmen müssen.

Diskussionsfreiheit

Wir lesen in der „Neuen Augsburger Zeitung“ vom 20. Oktober:

„Aber die Zuhörer sind deshalb lange noch nicht dazu verdammt, nun W. P. Schmalbachs Ausführungen kritiklos über sich ergehen zu lassen. Der Vortragende ist jederzeit für Anregungen und Anfragen aus dem Zuhörerkreis dankbar und je eifriger Rede und Gegenrede sich kreuzen, um so genussreicher wird sich der ganze Abend gestalten, den niemand versäumen sollte.“

Erstaunlich, Diskussionsfreiheit — das gibt es also im Dritten Reich? Wir interessieren uns für die Angelegenheit und sehen nach, worüber Parteigenosse Schmalbach spricht. Er hält einen Lichtbildvortrag über den Mond und die Milchstrasse.

Ihr Gott

Auf der Ordensburg Grössensee in Pommern tagten Ende Oktober achthundert „Sehnlungsleiter“. Zu ihnen sprach unter anderem der Leiter des Hauptschulungsamtes der NSDAP, Stellvertretender Gauleiter Friedrich Schmidt, „über das politische und weltanschauliche Kräftebild Europas und der Welt“. Ueber das Verhältnis des Nationalsozialismus zur Religion sagte er dabei:

„Der Nationalsozialist glaubt an Gott. Der Vorwurf der Gottlosigkeit ist darum für den Nationalsozialisten die grösste Beleidigung und die tiefste Verletzung seiner Ehre. Da wir die Gesetze der Schöpfung anerkennen und uns bemühen, nach ihnen zu leben, ihren Sinn zu erkennen und zu erfüllen, sind wir tausendmal mehr gläubig, religiös und stellen tausendfach mehr in der Ordaung Gottes als jene, welche aus dogmatischer Selbstvergötterung die natürlichen Gesetze leugnen und damit sich in Widerspruch setzen zu der Schöpfungswirklichkeit und damit zu Gott selbst.“

„Wie einer ist, so ist sein Gott; darum ward Gott so oft zum Spott!“ Was ein echter Nazi unter den „natürlichen Gesetzen“ versteht, weiss man. Sie lauten: „Recht ist, was nützt!“ „Friss, damit du nicht gefressen wirst!“ Indem sie diesen Gesetzen dienen, dienen sie ihrem Gott.

Wenn Marxisten zu Tode geprügelt, Juden geschunden, Kapellen gestürmt und geplündert, Geistliche aus dem Fenster geworfen werden, dann lächelt ihr Gott, dann handeln sie nach den Gesetzen seiner Schöpfung und stehen in seiner Ordnung.

Man würde dem alten ehrlichen Wotan unrecht tun, wenn man ihn für einen richtigen Nazigott halten wollte. Besser als er

heute seine strenge, von innen her belebte Linienführung nachahmen, sonnen sich in der Gunst der braunen Machthaber.

Diesen Künstler, der so deutsch war wie seine norddeutsche Heimat, stellte das Dritte Reich in die Ecke, denn er war „Kunstbolschewist“, hatte links gestanden, seine Dichtungen lehnten sich an den Expressionismus an, wenn auch nicht mehr, als Jobsts frühere Produktionen. Aber der fiel heizzeiten um, Barlachs Werke jedoch erschienen im Verlag Cassierer und seine Welt blieb eine vergeistigte, Die Totenmale, die im Dom von Magdeburg und im Dom von Güstrow standen, wurden vernichtet. Ebenso sein Kieker Ehrenmal für die Gefallenen der Marine. Denn seine Kunst war menschlich, antikriegshaft, fern allem Scheinheroismus. Weg damit.

Nach dem 5. März 1933 verhielt Barlach sich still, schwieg, resignierte. Es war eine erzwungene, stumme Neutralität. Einige Male sah man die Aufführung seines Dramas vom „Blauen Boll“ angekündigt, ab und zu tauchte sein Name schüchtern in den Gleichgeschalteten auf, denn die konnten seine Bedeutung recht gut. Man las da gelegentlich etwas über die germanischen Elemente in der Kunst Barlachs. Aber keiner wagte sich für ihn wirklich heraus. Sehe jeder, wo er bleibe . . .

Man liest in Auslandsblättern, dass Barlach nahezu verhungert ist. Bitterste Not beschwerte seine letzten Jahre in Güstrow. Verhetzte Krämer sperrten dem „Kunstbolschewisten“ die Lebensmittel. Das Ende dieses grossen Symbolikers bedeutet ein trübes Symbol: Künstler, die im III. Reich nicht mit den Wölfen heulen und ihre Kunst nicht verraten, werden ausgehungert.

Ernst Barlachs Ende

Im Rostocker Krankenhaus ist, arm und verlassen, der deutsche Bildhauer Ernst Barlach gestorben. Die gleichgeschaltete Presse berichtet das mit kargen Kommentaren; sie darf ja nicht zugeben, dass mit ihm der stärkste deutsche Bildhauer und ein Bühnendichter von Rang dahin ging.

Seine Dramen wie seine Bildhauerei weisen den gleichen monumentalen Stil auf: Ausdruckskunst von bewegter Leidenschaft und Innerlichkeit. Der Bildhauerei wies er damit neue Wege und

Wo esse ich wie zu Hause?

RESTAURANT Austro-Hongrois

17, rue Poissonnière, 17
MÉTRO : BONNE-NOUVELLE

Bes.: Turl Weiss-Leop. Hirsch

1 Mal Gast - Stammgast

kannt sind. In dem gegenwärtigen Augenblick ist es auch unmöglich, sie schriftlich zu erklären. Um auseinanderzusetzen, was aus der Tschechoslowakei geworden ist, würde ein einziger Brief nicht genügen, dazu wäre ein Buch notwendig. Die Folgen sind unbeschreiblich. Wir nehmen an, dass es uns in naher Zukunft möglich sein wird, an das Gewissen der demokratischen Welt zu appellieren. Man hat über uns verhandelt und über uns beschlossen, ohne uns zu befragen. Sicherlich wird die Sozialistische Internationale selbst in Betracht ziehen, ob sie etwas unternehmen kann und unternehmen soll in einer Frage, die nicht nur ein bloss lokales Problem der Minoritäten der Tschechoslowakei, sondern heute ein Lebensinteresse der Welt Demokratie darstellt.

Wir bitten Sie, lieber Freund, die Grüsse der ganzen, heute ans Kreuz geschlagenen Tschechoslowakei entgegenzunehmen. Im Namen der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei
Dr. Soukup, Hampl, Dunder.

Die Exekutive ging sofort in die Beratungen des ersten Punktes der Tagesordnung ein: „Die internationale Lage nach den Münchener Vereinbarungen und die Aufgaben der sozialistischen Parteien“. Die Debatte leitete der Sekretär Friedrich Adler mit einem eingehenden Bericht ein. An der Debatte beteiligten sich: Blum (Frankreich), Cielens (Lettland), Niedzialkowski (Polen), Gillies (Grossbritannien), Modigliani (Italien), Graber (Schweiz), Cordero (Spanien), Auriol (Frankreich), Vougt (Schweden); Zyromski (Frankreich), Buchinger (Ungarn), Vandervelde (Belgien), Gvardjaladze (Georgien), Dan (Russland SD 1 Delegierter (Oesterreich), Jarblum (Palästina), Ronai (Ungarn „Vilagossag“), Modigliani (Italien), Grumbach (Frankreich), de Brouckère, (Präsident).

Die politische Debatte wurde mit der einstimmigen Annahme der Resolution über die internationale Lage abgeschlossen.

Die Exekutivsituation behandelte in einer mehrstündigen Debatte einen eingehenden Bericht der „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“, den Friedrich Adler brachte und der von Genossen Gillies ergänzt wurde, der sich im Auftrag der britischen Labour Party und der SAI nach Prag begeben hatte, um dort im Laufe einer Woche alle notwendigen Informationen zu sammeln.

Die Exekutivsituation wählte an Stelle des

passte in den braunen Himmel ein Baal oder Vitzliputzli.

Der gefährlichen Aether

Bei einer Rundfunkkundgebung im Kölner Ufa-Palast hielt Reichs-Sendeleiter Hadamovsky eine leicht verbitterte Rede. Laut Pressebericht sagte er u. a.

„es sei nicht in der Ordnung, dass man im eigenen Lande den Rundfunk der Gegner abhöre. Jeder Deutsche müsse auf die eigene Führung hören und die eigenen Parolen weitertragen.“

Diese mephistophelische Weisheit — „am besten ist's auch hier, wenn ihr nur einen hört und auf des Meisters Worte schwört“ — scheint sich also in Deutschland trotz Gefängnis und Konzentrationslager noch immer nicht durchgesetzt zu haben. Man wird den Aether in Schutzhaft nehmen müssen.

Diskussionsfreiheit

Wir lesen in der „Neuen Augsburger Zeitung“ vom 20. Oktober:

„Aber die Zuhörer sind deshalb lange noch nicht dazu verdammt, nun W. P. Schmalbachs Ausführungen kritiklos über sich ergehen zu lassen. Der Vortragende ist jederzeit für Anregungen und Anfragen aus dem Zuhörerkreis dankbar und je eifriger Rede und Gegenrede sich kreuzen, um so genussreicher wird sich der ganze Abend gestalten, den niemand versäumen sollte.“

Erstaunlich, Diskussionsfreiheit — das gibt es also im Dritten Reich? Wir interessieren uns für die Angelegenheit und sehen nach, worüber Parteigenosse Schmalbach spricht. Er hält einen Lichtbildvortrag über den Mond und die Milchstrasse.

verstorbenen Genossen Longuet den Genossen Léon Blum in das Büro und die Genossen Evrara (Frankreich) und Grumbach (Frankreich) in die Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen.

Der Tagung der Exekutive ging am 17. Oktober eine Sitzung des Büros voraus, die der Vorbereitung der Verhandlungen der Exekutive gewidmet war.

Der befreite Bauer

Als in der deutschen Demokratie die durch Krieg und Inflation zerrüttete Bauernschaft sich gelegentlich staatlichen Exekutionen widersetzte, als in hünerlichen Landgebieten Norddeutschlands die Bombenlegerei einsetzte, da heute die Nazi-Prese triumphierend los! „So weit hat der Staat von Weimar die deutschen Bauern gebracht!“ Die Bombenlegerei war vom deutschen Faschismus organisiert und ausgeführt. Die braune Spitzelorganisation überwacht heute auch das Dorf, Bombenattentate sind nicht mehr möglich. Aber ab und zu zeigen Verzweiflungsausbrüche, wie es um die Stimmung der deutschen Bauernschaft bestellt ist. In Bühnen hat ein achtundzwanzigjähriger Erbhofbauer seinen Hof in Brand gesteckt. Das Paderborner Schwurgericht verurteilte ihn zu einem Jahr Zuchthaus. Hier ein Stück aus dem Bericht der „Essener Nationalzeitung“:

„Der Angeklagte, ein ordentlicher und braver Charakter, lebte auf dem Hofe mit seiner Mutter und sieben Geschwistern. Nachdem sein Vater 1933 gestorben ist, wurde er nach dem Erbhofgesetz im Jahre 1935 Erbhofbauer. Die Mutter führte die wirtschaftliche Seite des Betriebs weiter. Im Entschuldungsverfahren war die Belastung des Hofes auf ein erträgliches System der Tilgung zurückgeführt. Aber alle die Schicksalsschläge, die die Familie ausser dem Tode des Vaters und dem Unglückstode des Bruders trafen, liessen den jungen Hofbesitzer nicht zur Ruhe kommen, so dass aus der dauernden Niedergeschlagenheit am 8. August in ihm der Entschluss reifte, seinen Hof in Brand zu stecken, um auf diese Weise „von allem loszukommen“, wie er in seinem Geständnis erklärt hatte.

In der Begründung des Urteils wurde erklärt, dass bei der Tat als Motiv offensichtlich Fatalismus vorliege.“

Fatalismus ist Glaube an das unabänderliche Schicksal, und dieser Fatalismus wächst im Dritten Reich allerdings rasch an. Ein Volk mit Gestapo und Riesenmaulkorb muss fatalistisch werden und repräsentiert damit so ziemlich das Gegenteil des braunen Heldenideals. Was im Dritten Reich zu fatalistischer Depression führt, dürfen deutsche Gerichte nicht mehr feststellen, im vorliegenden Falle wäre sonst das ganze gärende Elend neudeutschen Bauernums blossgelegt worden. Drückend lastet ein kostspieliger bürokratischer Zwangsapparat auf dem Lande. Dilettantischer Dekretinismus diktiert dem Bauern, was er zu verkaufen, was er anzukaufen, was er zu züchten, was er nicht zu züchten und was er anzubauen hat. Nazikontrolleure haben das Recht, auf jedem Hofe die Art des Wirtschaftens zu bestimmen. Das sind die Leiden, von denen der junge Bauer „loskommen“ wollte. Mit der Vernichtung seines Hofes demonstrierte er die Verzweiflung seines Standes. Nach Fatalismus schmeckt das nicht, sondern nach Hass, Wut und Empörung.

Die Nazi-Prese aber singt das Lied vom befreiten deutschen Bauern, vom Bauern, der dem „jüdischen Wucherer“ glücklich entrann.

Einstimmig angenommen Aus einer badischen Spinnerei

Wir erfahren: Am 15. Oktober hätte ein Betriebsausflug sein sollen. Am Tage vorher war Zahntag, Punkt zwölf Uhr Betriebsappell auf dem Fabrihof. Auf der Verleiderampe stand der Betriebsführer umgeben von den Nazifunktionären, diese alle mit Sammelbüchsen in der Hand. Der Betriebsführer sprach von der Dankbarkeit, die alle haben müssten, dass sie durch die Tätigkeit des Führers, den Gott er stehen liess, arbeiten können und so müssten sie auch an dem Winterhilfswerk mithelfen, was sie könnten. Dann teilte er mit, dass der Betriebsausflug vorgesehen gewesen wäre, aber wir wollen zu Gunsten der Sudetendeutschen darauf verzichten. Wer von der Belegschaft dagegen ist, solle die Hand erheben und da natürlich niemand das tat, erklärte er mit einem recht üblen Lächeln im Gesicht: „Also einstimmig angenommen“, worauf ein Gelächter unter der Belegschaft ausbrach, das den Betriebsführer sofort über die wahre Stimmung des grössten Teils der Belegschaft aufklärte. Dieses Lachen war ein Gemisch von Erbitterung, versuchtem Widerstand und Protest.

wir empfehlen:

Käufe

AM MEISTEN und am schnellsten
ZAHLT Ihnen für GOLD,
JUWELN UND SCHMUCKSACHEN ALLER ART
BERNARD
5, rue Godot de Mauroy Nahe Madeleine

ANKAUF von Gold, Brillanten, Silber,
Goldzähnen, Uhren, Münzen zu
Höchstpreisen
S-té d'Horlogerie Franco - Suisse
23, Bd d. Capucines vis-à-vis Café de la Paix
u. 49, Fbg. Montmartre — Tél.: Ope 41-39
REPARATUREN — UMARBEITUNGEN
VON SCHMUCK UND UHREN
Auslesung von Pfandscheinen gratis
Tägl. günst. Occasionsverk. — Man spricht deutsch

KAUFE BRIEFMARKEN (Sammlungen, Lots
Korrespondenzen).
F. AUERBACH, 27, rue Paul Lelong, Paris (2^e)

REICHLER, 16, rue Bichat, Paris-10^e
ZAHLT HOECHSTE PREISE BOT. 96-89
für getrag. Herrengarderobe

Büro-Arbeiten

Bureau MULLER
Übersetzungen, Schreibmasch.-Arbeiten
Vervielfältigungen, - Photokopie
Reproduction von Passen und Dokumenten
für Konsulate
5, rue Mayran — Téléphone: TRU 62-45

SCHREIBMASCHINEN-ARBEITEN
Vervielfältigungen Übersetzungen
PETERSEN
41, rue Le Marois, PARIS (16^e)
TÉLÉPHONE: AUTÉUIL 82-74

DOLMETSCHER-DIENSTE Übersetzungen,
Schreibmaschi-
nenarbeiten. Alle Handelskorrespondenz in
deutsch., franz., engl., poln. in u. ausser dem
Hause, Eigenmaschine, fertigt prompt u. billig
an: Oskar, 1, rue Jacquart, Paris (XI^e).
Tél.: ROQ 61-73.

STENOTYPISTIN Vertretung, Diktat stunden-
weise. GRAVE, 96, Cours de Vincennes
Paris (12^e) — DID. 97-93.

Die Kleinen Treffer!

Eine Zeile kostet in dieser Rubrik nur
fr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i.
für Belgien: bfr. 4.—; Tschechoslowakei:
Kc. 4.—; England: d. 8; Holland hfl. —,30;
Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —,60;
USA: \$ —,20)

Immigrant, der sich durch BRIEFMARKEN-
HANDEL kl. Existenz schaffen will, erbittet
Zusendung gebrauchter Marken gegen
Portoerstattung. Auch zu Tausch bereit.
Zusendungen an KK. 13 Expedition „Neuer
Vorwärts“.

RADIO-SPECIALIST

T.S.F. Neuanschaffg., Elektroarbeiten, sämtliche Reparaturen, Umbau
für hiesige Stromart — — — STAUBSAUGER-MOTORE
KLEIN, 88, rue Fbg. Poissonnière - Paris (10^e)
Téléphone: TRU 62-45

Tailleur für Herren und Damen

G.-M. Medaille f. Zuschneiden d. Pariser u. Intern. Akad.
WISCANTAN - 3, Place Violet - Tél.: VAU 45-20
Métro: Commerce
Grosse Auswahl von Saison-Stoffen
Von Künstlern und Filmschauspielern bevorzugt

Alles Alte wird neu!

ACHTUNG! Keine getragene
Anzüge wegwerfen!
DER GUTBEKANNTE SCHNEIDER
GOTHARD
23, Rue Clauzel - PARIS (9^e)
Tél.: TRU 03-37
ändert, wendet und repariert jedes
Kleidungsstück von alt auf neu zu bil-
ligsten Preisen. — Auf Wunsch
erfolgt Abholung

Modistenschul. u. Salon
zur vollk. Erlernung des Berufes
Kursbeginn am 25. Oktober
Ausk. täglich v. 2 — 4 Uhr.
Madame MARION
14, rue Pigalle, 4 Et. — Téléphone: TRI 32-91

Anwälte

FRANZOESISCH - DEUTSCHES
ANWALTSBUERO
Dr. F. HIRSCHLER
(früher MANNHEIM)
in Zusammenarbeit mit französischem Cabinet
40, rue d'Artois (Nahe Etoile) Ely. 77-94

Dr. jur. OSCAR KAHN
R. GRUENBERG
frühere Rechtsanwälte
Beratung u. Vertretung in allen juristischen
franz. u. intern. Recht u. wirtschaftl.
Angelegenheiten — 39, Bd HAUSSMANN
PARIS (9^e). — Tél.: OPERA 04-49

CABINET JURIDIQUE
Dr. jur. LEOPOLD KATZ
(früher Rechtsanwalt am Landgericht Giessen)
in Zusammenarbeit mit franz. Advokat
2, Rue Félix-Huguenet (20^e). Did. 82-47
Métro: NATION oder PORTE DE VINCENTES

CABINET JURIDIQUE
Dr. jur. TH. TICHAUER
früh. Rechtsanwalt u. Notar in Berlin
103 bis, rue Nollet, Paris-17^e. Tél. Mar. 64-02
Besprechung nach telefonischer Vereinbarung.

Dr. Ludwig B. Schlesinger
Land- und Amtsgerichtsrat a. D.
Licencié en Droit de la Faculté de Paris
Sprechst. von 10-12 u. auf Vereinbarung
Tél.: Central 23-62
15, RUE JEAN-JACQUES-ROUSSEAU, 15
PARIS-1^{er} — Métro: Palais Royal et Halles

Bureau Juridique International

Dr. Eugène FELDMANN
Licencié en droit de la Faculté de Paris
Docteur en droit de la Faculté d'Oxford
Alle Prozesse, Verwaltungs-, Finanz-
angelegenheiten in allen Ländern
In ständ. Fühlung m. hervorrag. in Paris befindl.
Wien, Anwalt, insbes. f. Fragen d. ab. 1. Aug.
gelt. neuen Eberochies, Reichsfinanzsteuer,
Vermögen, Anmelde, etc.
47, Rue Rocher — Tél.: LAB. 13-01
Sprechst. von 10—12 und
6—8 Uhr.

Französin, deutschsprachend,
erteilt Französischen
und Konversation — Unterricht f. Anfänger
Kinder und Erwachsene
Mme Manga-Bell, 86, r. Oliv. de Serres (15^e)

Verkäufe

SCHREIBMASCHINEN OSNER
5, Rue Mayran
PARIS (IX^e)
Tél. TRIM 02-08
Ersatzteile und Bürobedarf

Das CHINASEIDENE HEMD
M. Golzmann
1, Bd. HAUSSMANN
überdauert alles
Spezialist in Hemden u. Pyjamas. Wiener-Schnitt engl. Popeline
chin. Seide
Lager und nach Mass ab Frs. 49.—
— Beste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

MARTIN Gosman
Drucksachen
Bürobedarf
Schreibmaschinen
35, RUE DE DANTZIG, PARIS-XV
TÉLÉPHONE: LECOURBE 85-43

Ärzte

Dr. Philippe CZACZKES
Ehemaliger Sanatoriums-Chefarzt
5, av. d'Eylau, PARIS-16^e
TÉLÉPHONE: PASSY 47-57
empfangt täglich von 2-4 Uhr
Innere u. Frauenkrankheiten, prakt. Arzt
Man spricht deutsch!

D' MISES Spezialarzt
für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe
19, av. de la Porte-Brunet, PARIS (19^e)
Téléphone: BOT 28-08
Sprechst.: 1—4 u. 6—9 sowie auf Verabredung
Man spricht deutsch!

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzel-
verkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für
ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.)
Preis der Einzelnummer im Ausland (200
Bezugspreise 10^e das Quartal stehen in
Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien:
Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis
12.—, Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tsche-
choslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold-
0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—),
Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk.
1.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—),
Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland
Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20),
Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lit.
0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxem-
burg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 4.20
(4.20), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen
Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—),
Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr.
0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Span-
ien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö
4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frank-
reich: „Neuer Vorwärts“ Paris.
C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vor-
wärts“ Paris, Prag 46 149. Polen: „Neuer
Vorwärts“ Paris, Warschau 194 207.
Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris.
Ausschliesslich Nr. VIII 14 097. Rumänien:
Tschechoslowakische und Prager Kredit-
bank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vor-
wärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: „Neuer Vor-
wärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien:
Tschechoslowakische und Prager Kredit-
bank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vor-
wärts“, Budapest Nr. 2029. Anglo-Tschechoslowakische und
Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer
Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Be-
zeichnung der Konten ist erforderlich.